



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2014

Lisa Greinsberger

**Von der „European vocation“
zum „reluctant hegemon“?
Erklärungsansätze für
Deutschlands Scheitern
an seiner Führungsrolle
während der Wirtschaftskrise**

Bachelorarbeit bei
Dr. Lars C. Colschen
SoSe 2014

Gliederung

A. Einleitung: Vom „ <i>kranken Mann Europas</i> “ zur Führungsmacht.....	1
B. Hauptteil: Von der „ <i>European vocation</i> “ zum „ <i>reluctant hegemon</i> “? Erklärungsansätze für Deutschlands Scheitern an seiner Führungsrolle während der Wirtschaftskrise.....	4
1. Hegemonialtheoretische Grundlagen.....	4
1.1. Der realistische und der kulturelle Hegemoniebegriff.....	4
1.2. Relevante Aspekte der Internationalen Politischen Ökonomie.....	5
1.3. Der dieser Arbeit zugrundeliegende Hegemoniebegriff.....	10
1.4. Ein Mitgliedstaat als Führungsmacht der kooperativ angelegten EU?.....	10
2. Ein „ <i>militärischer Zwerg</i> “ in einer Führungsrolle? Die Entwicklung der Position Deutschlands in der EU.....	11
2.1. „ <i>European vocation</i> “ nach dem Zweiten Weltkrieg.....	12
2.2. Die deutsch-französische Kooperation.....	13
2.3. Veränderungen im Machtgefüge.....	15
2.4. Deutschland übernimmt die Führung – und scheitert doch.....	17
3. Gründe für Deutschlands Scheitern an seiner Führungsrolle.....	19
3.1. Die Theoriedebatte der hegemonialen Stabilität.....	19
3.2. Patersons <i>Reluctant-Hegemon-Modell</i>	20
3.3. Erklärungsansätze weiterer Autoren.....	29
C. Fazit: Ergebnisse und mögliche Folgen.....	31
D. Literatur- und Quellenverzeichnis.....	34
E. Anhang.....	41

A. Einleitung: Vom „kranken Mann Europas“¹ zur Führungsmacht

„*The reluctant hegemon*“ titelte der *Economist* am 15. Juni 2013 in einem „*Special Report*“ zur Rolle Deutschlands innerhalb der EU. Die Briten sehen die Bundesrepublik darin nicht länger als „*kranken Mann Europas*“, sondern vielmehr als „*Europe’s most powerful country*“ (Minton Beddoes ebd.). Dies bringt Verpflichtungen mit sich. Verpflichtungen, denen Deutschland nach Ansicht von William E. Paterson (2011: 57 ff.), der den Begriff des *Reluctant Hegemon* prägte, nicht gewachsen zu sein scheint. Dies zeigt sich an zunehmend kritischen Stimmen im Inland², aber auch an den Reaktionen im Ausland, die Deutschland wahlweise zu wenig Engagement³ oder zu viel Einmischung⁴ vorwerfen.

Auch deutsche Politiker mahnen zu mehr Verantwortungsbewusstsein. So forderte Joachim Gauck (2014: 3) in seiner Eröffnungsrede der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 die „*[Bereitschaft], mehr zu tun für jene Sicherheit, die [Deutschland] über Jahrzehnte von anderen gewährt wurde.*“ Während der Bundespräsident auch militärische Maßnahmen einbezieht⁵, ging es Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble in einer Rede an der Pariser Sorbonne im November 2010 um die „*wirtschaftliche Einheit*“ als Weg zur „*politischen Einheit*“. (Absatz III.) Er sprach von der Notwendigkeit eines „*wohlwollenden Hegemon[s]*“ (ebd.: Absatz VII.) wie bereits der Begründer der *Hegemonialen Stabilitätstheorie (HST)* Charles P. Kindleberger ihn beschrieben hatte. In Kooperation mit Frankreich sah Schäuble Deutschland bereits damals in der Pflicht als „*Stabilisator*“ zu wirken und sagte weiter: „*nur wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam vorangehen*“, könne man „*letztlich alle Mitgliedstaaten vom gemeinsamen Weg in ein Europa der Zukunft überzeugen.*“ (ebd.)

Die Krise schwächte Frankreichs Wirtschaft jedoch in so hohem Maße, dass dies eine Schiefelage der Machtverteilung innerhalb des deutsch-französischen Tandems zur Folge hatte (vgl. Bulmer und Paterson 2013: 1394) und dazu führte, dass Deutschland peu à peu in eine alleinige Führungsrolle rutschte und daran - nach anfänglichen Erfolgen - scheiterte. (vgl. Kapitel 2)

¹ So die Titelgeschichte einer Sonderausgabe des *Economist* von 1999. (vgl. Roll 2013: 3)

² Bulmer und Paterson (2013: 1397) sprechen hier von „*domestic constraints*“, im Detail unter Punkt 3.2.

³ „*I fear Germany’s power less than I do its inactivity*“ (Follath und Puhl 2012) ist eine in der einschlägigen Literatur viel zitierte Aussage des polnischen Außenministers Radoslaw Sikorski.

⁴ Der Wahlslogan von Silvio Berlusconi Partei Forza Italia im Europawahlkampf: „*Mehr Italien, weniger Deutschland*“ (Spiegel Online 2014) bildet nur die polemische Spitze des Eisberges.

⁵ „*Deutschland darf weder aus Prinzip ‚nein‘ noch reflexhaft ‚ja‘ sagen.*“ (Gauck 2014: 3)

In der Titelgeschichte „*Europe's reluctant hegemon*“, die die Sonderbeilage des *Economist* einleitet, stellt die Wirtschaftsressortchefin Zanny Minton Beddoes folgende These auf:

„*Deutschland ist sich seiner führenden Rolle in Europa nicht bewusst und nimmt diese Rolle auch nicht wirklich an. Weil Deutschland aber wirtschaftlich längst die europäische Führungsmacht ist, soll es bitte nicht länger rumzicken und sich mit einer Kleinstaatsmentalität neutral fühlen wie eine große Schweiz, sondern: führen.*“ (Roll 2013: 3)

Warum die Bundesrepublik dieser Forderung nicht nachkommt (oder nachkommen kann) soll im Rahmen dieser Bachelorarbeit erläutert werden.

Forschungsstand

Bevor Deutschland zum *Reluctant Hegemon* deklariert wurde, gab es bereits zahlreiche politikwissenschaftliche Untersuchungen zu seiner Rolle innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft und insbesondere innerhalb der EU. Nach dem Zweiten Weltkrieg war eine Hegemonialstellung zunächst undenkbar und doch wuchs der Einfluss Deutschlands mit wachsender Wirtschaftskraft und durch die Einbettung innerhalb der EU. Statt eines ausführlichen *Literature Review* sollen im Folgenden lediglich die wichtigsten Konzepte vorgestellt werden.

Vor knapp 25 Jahren entwickelte Hanns W. Maull (1990/91: 92-93) für Deutschland und Japan, den Begriff der **Zivilmacht**⁶ („*civilian power*“). Peter J. Katzenstein (1997) sprach wenig später von Deutschland als „**tamed power**“⁷ und provozierte damit die Frage nach einer möglichen „**Normalisierung**“⁸ der deutschen Außenpolitik. Während Bulmer und Paterson (2010: 1073) diese bejahen, sieht Maull (2004:1) eher eine „*Auszehrung*“ des Politikfeldes. Die verschiedenen außenpolitischen Entwicklungsstufen⁹ Deutschlands seit 1945 bereiteten den Weg für seine Rolle während der Wirtschaftskrise.

⁶ Dieser umfasst „a) the acceptance of the necessity of cooperation with others in the pursuit of international objectives; b) the concentration on non-military, primarily economic, means to secure national goals, with military power left as a residual instrument serving essentially to safeguard means of international interaction; and c) a willingness to develop supranational structures to address critical issues of international management“ (Maull 1990/91: 92-93) und spiegelt damit die drei Säulen der deutschen Außenpolitik wider, wie sie in Punkt 2.1. erörtert werden.

⁷ „Hence, what is distinctive about Germany is not its ‚unintentional power‘ which, like all larger states, it possesses in good measure, but that its political leaders exercise power in multilateral, institutionally mediated systems - in Germany, the EU, the Atlantic Community, and broader international fora - that soften sovereign power.“ (Katzenstein 97: 4)

⁸ Bulmer und Paterson (2010: 1059) grenzen *Normalisierung* ab von Katzensteins *tamed power* und verstehen darunter: „greater willingness to undertake unilateral demarches, the adoption of a discourse of the national interest in policy statements, and the use of power to keep certain items off the agenda“ während Maull (2004: 2) *Normalisierung* als „Anpassung an ‚gängige‘ außenpolitische Verhaltensnormen“ definiert.

⁹ Hier nur in Auszügen und insbesondere zu ergänzen um die Kooperation mit Frankreich, ausführlich in Kapitel 2.

Forschungsfrage und Vorgehen

Deutschlands Positionierung innerhalb der Europäischen Union hat mit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise an Aktualität gewonnen und stellt damit einen interessanten Forschungsgegenstand dar. Im Rahmen der europäischen Führungsdebatte bildet die Bundesrepublik das Fallbeispiel der vorliegenden Arbeit, zeitlich fokussiert auf die Wirtschaftskrise seit 2007.

Den Schwerpunkt dieser Bachelorarbeit behandelt Kapitel 3. Dieses befasst sich basierend auf Patersons¹⁰ *Reluctant-Hegemon-Modell* mit der Suche nach Erklärungsfaktoren für die Rolle Deutschlands innerhalb der EU seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise.

Die zugrundeliegende Forschungsfrage lautet: **Was sind die Gründe für Deutschlands Scheitern an seiner Führungsrolle während der Wirtschaftskrise?**

Um diese Forschungsfrage zu beantworten, bedarf es zunächst einer Einbettung der Thematik in theoretischer wie historischer Hinsicht. Das erste Kapitel widmet sich in einem ersten Teil der Frage „*Was ist ein Hegemon?*“ (Punkt 1.1./1.2.). Die Definition des dieser Arbeit zugrundeliegenden Hegemoniebegriffs (Punkt 1.3.) und Überlegungen zur Notwendigkeit einer Führungsmacht innerhalb eines kooperativen „*Konstruktes*“ wie der EU (Punkt 1.4.) leiten über zu Kapitel 2, der historischen Entwicklung der Rolle Deutschlands innerhalb der EU. Hier steht neben der titelgebenden „*European vocation*“ (Paterson 2010: 41; Punkt 2.1.) das deutsch-französische Tandem im Mittelpunkt (Punkt 2.2./2.3.). Punkt 2.4. erörtert die anfänglich erfolgreiche Führungsrolle Deutschlands und zeichnet sein Scheitern an dieser Aufgabe nach. Im dritten Kapitel folgt dann mit der Suche nach Erklärungsfaktoren für dieses Scheitern die explizite Bearbeitung der Forschungsfrage. Hierzu werden verschiedene Erklärungsansätze aufgeführt und veranschaulicht. Neben relevanten Aspekten der HST (Punkt 3.1.) wird im Rahmen der Arbeit mithilfe einer empirischen Unterfütterung sowie einer kritischen Reflexion das *Reluctant-Hegemon-Modell* von William E. Paterson (Punkt 3.2.) beleuchtet und der Hauptteil mit ergänzenden Erklärungsansätzen weiterer Autoren (Punkt 3.3.) beendet.

Abschließend (Teil C) stehen ein zusammenfassendes Fazit, die Beantwortung der Forschungsfrage sowie ein Ausblick auf mögliche kommende Entwicklungen im Fokus.

¹⁰ Paterson 2010, 2011 sowie Bulmer und Paterson 2013.

B. Hauptteil: Von der „European vocation“ zum „reluctant hegemon“? Erklärungsansätze für Deutschlands Scheitern an seiner Führungsrolle während der Wirtschaftskrise

1. Hegemonialtheoretische Grundlagen

Im Rahmen einer sozialwissenschaftlichen Arbeit bedarf es zunächst einer Definition zentraler Begrifflichkeiten. Dreh- und Angelpunkt dieser Arbeit ist der politikwissenschaftliche Begriff der „Hegemonie“, laut Paterson und Bulmer (2013: 1389) „*a contested term analytically*“.

Ziel dieses Kapitels ist ein kurzer Überblick über die für die IB und explizit die dieser Arbeit zugrundeliegende Fragestellung relevanten hegemonialtheoretischen Grundlagen.

1.1. Der realistische und der kulturelle Hegemoniebegriff

Jonathan Joseph (2008: 109) unterscheidet zwei verschiedene Hegemoniekonzepte der IB: der „*realist approach*“ definiert Hegemonie als die Dominanz eines Staates, „*based on preponderance of material resources or power capabilities*“; der „*neo-Gramscian approach*“ als Basis des kulturellen Hegemoniebegriffs ist dagegen eher konsensorientiert („*consensual element*“). Die hegemoniale Stellung einer dominanten Gruppe oder sozialen Klasse basiert hier auf mit der untergeordneten Gruppe gemeinsamen kulturellen oder ideologischen Wertvorstellungen.

Der realistische Hegemoniebegriff geht zurück auf das alte Griechenland (ebd.: 110). Howard Lentner (2005: 740) fasst dessen Hegemoniebegriff zusammen als „*leadership of an alliance, not domination by coercion*“ und betont die Relevanz der Autonomie der untergeordneten Staaten sowie die Gefahr innenpolitischer Probleme: „*[A] successful hegemon has to respect the autonomy of its allies; failure to do so engenders hatred from those allies who can then fracture the hegemonic alliance. In addition to this interallied weakness, a hegemon may undermine itself by internal politics that lead to decay within the state.*“ Macht ist gerade im Zusammenhang mit Konflikten, innerhalb derer der Hegemon über eine starke Verhandlungsposition verfügen muss, ein wichtiger Aspekt, reicht alleine aber nicht aus. (vgl. ebd.)

Im Interdependenzansatz von Keohane und Nye¹¹, der als „*additional factor [the] state's willingness to exercise its hegemony*“ berücksichtigt, sieht Joseph (2008: 111) eine „*modification of the realist model*“.

¹¹ Referenzwerk: Keohane, Robert O. und Joseph Nye (1987): Power and Interdependence. New York: Longman.

Das kulturelle Hegemonieverständnis basiert auf Machiavelli und dem Risorgimento bzw. dem revolutionären russischen „*struggle for democracy*“ – „*hegemony here coming to refer to the leading role of the working class in the democratic revolution*“ (ebd.: 110).

Robert Cox (77: 387) befasste sich ausführlich mit der Bedeutung des kulturellen Hegemoniebegriffs für die IB und schreibt in einem Beitrag für die *International Organization*: „*Antonio Gramsci used the concept of hegemony to express a unity between objective material forces and ethico-political ideas*“.

Während der realistische Hegemoniebegriff eher auf Dominanz beruht, die aber langfristig dennoch auf die Unterstützung der untergeordneten Gruppe oder Staaten angewiesen ist, kommt im Rahmen des kulturellen Hegemoniekonzeptes, welches allgemein stärker auf dem Konsensgedanken fußt, ein ideologischer Aspekt hinzu, ein gemeinsames Ziel oder gemeinsame Werte.

Neben diesen für die IB im Allgemeinen gültigen Überlegungen soll im Folgenden auf einen weiteren Forschungsansatz eingegangen werden: die Internationale Politische Ökonomie (IPÖ).

1.2. Relevante Aspekte der Internationalen Politischen Ökonomie

Für die Beleuchtung der Rolle Deutschlands innerhalb der EU während der Wirtschaftskrise bietet die IPÖ interessante Ansatzpunkte. Diese Schnittmengendisziplin zwischen Politik- und Wirtschaftswissenschaften befasst sich mit der „*Analyse politikökonomischer Phänomene*“ (Bieling, Haas und Lux 2013: 1). „*Glorreiche Gründungsfiguren*“ dieser Disziplin sind laut „*Benjamin Cohen*“: „*Robert Keohane, Robert Gilpin, Susan Strange, Charles Kindleberger, Robert Cox, Stephen Krasner und Peter Katzenstein*“. (zit. ebd.)

Die Hegemoniale Stabilitätstheorie (HST)

In ihrem Vorwort zur Sonderedition von Charles P. Kindlebergers Werk *The world in depression, 1929-1939* anlässlich des vierzigsten Jahrestages seiner Erstveröffentlichung schreiben J. Bradford DeLong und Barry Eichengreen: „*The parallels between Europe in the 1930s and Europe today are stark, striking, and frightening*.“ (Kindleberger 2013: 5) Die bahnbrechende Arbeit des Ökonomen von 1973 gewinnt mit der Wirtschaftskrise wieder an Aktualität und

nicht nur Dr. Wolfgang Schäuble (siehe Einleitung) verweist auf seine Theorie, wenn es um die Notwendigkeit einer Führungsrolle Deutschlands innerhalb der EU geht.

Auf der Suche nach Erklärungsfaktoren für die Wirtschaftskrise 1929 kam Kindleberger (ebd.: 291-292) zu dem Schluss: „[D]epression was so wide, so deep and so long because the international economic system was rendered unstable by British inability and United States unwillingness to assume responsibility for stabilizing it“. Für ihn ist die „main lesson of the interwar years[:] there has to be a stabilizer, one stabilizer.“ (ebd.: 305)

Mark Blyth und Matthias Matthijs (2011) stellen die Verbindung zwischen den USA 1929 und Deutschland 2010 her: „Indeed, Kindleberger's critique of the United States' role in that era's crisis summitry might well have been written about Germany today: ‚The World Economic conference of 1933 did not lack ideas ... [but] the one country capable of leadership was bemused by domestic concerns and stood aside‘ [Kindleberger 2013: 299]“.

Kindlebergers Theorie bietet auch Erklärungsansätze für Deutschlands Scheitern an seiner Führungsrolle (siehe Punkt 3.1.). Im nächsten Abschnitt soll jedoch zunächst ihr Beitrag für die Konkretisierung des Begriffs des Hegemons dargestellt werden.

Kritik und Analyse von Kindlebergers Theorie durch andere Autoren der IPÖ

Im Zusammenhang mit ihrer Kritik an der HST widmet sich der folgende Abschnitt vor allem den hegemonialtheoretischen Ansätzen von Robert Keohane, Robert Gilpin und Joseph Nye.

In seinem Standardwerk *After Hegemony* (1984) befasst sich Robert Keohane, einer der Hauptvertreter des *Neoinstitutionalismus*, mit den möglichen Auswirkungen eines fehlenden Hegemons auf die „world political economy“¹². Diese definiert er in Anlehnung an Robert Gilpin (zit. ebd.: 18) als „the reciprocal and dynamic interaction in international relations of pursuit of wealth and the pursuit of power“.

Laut Keohane (1989: 78) bedürfen internationale ökonomische Regime einer Führungsmacht. Diese „may use coercion to enforce adherence to rules; or [...] may rely largely on positive

¹² „As long as world political economy persists, therefore, its central political dilemma will be how to organize cooperation without hegemony.“ (Keohane 1984: 10)

sanctions – the provision of benefits to those who cooperate.” Der Fokus liegt hier weniger auf einem Kompromis als auf einer banalen Kosten-Nutzen-Analyse: „*Both hegemonic powers and the smaller states may have incentives to collaborate in maintaining a regime – the hegemonic power gains the ability to shape and dominate its international environment, while providing a sufficient flow of benefits to small and middle powers to persuade them to acquise.*” (ebd.)

Als kritisch zu hinterfragende Grundannahmen der HST sieht Keohane (1984: 31-32): Erstens, „*that order in world politics is typically created by a single dominant power. [...] [T]his implies that the formation of international regimes normally depends on hegemony.*” Zweitens, „*that the maintenance of order requires continued hegemony.*” Laut Keohane (ebd.) besteht „*little reason to believe that hegemony is either a necessary or a sufficient condition for the emergence of cooperative relationships*”, auch eine „*post-hegemoniale Kooperation*“ ist möglich.

Anders als die HST sieht Keohane (ebd.: 34) keinen „*automatic link between power¹³ and leadership*”. Verantwortlich für Amerikas Scheitern an seiner Position nach dem Zweiten Weltkrieg ist weniger das Fehlen von „*economic resources than absence of political willingness*“ der zugeteilten Rolle gerecht zu werden. (ebd.) Zusätzliche Relevanz kommt „*domestic attitudes, political structure and decision making processes*“ (ebd.: 35) sowie der Frage nach den Determinanten für die sogenannten *secondary states*, sich „*unterzuordnen*“ (ebd.: 39), zu.

Dieser zweite Punkt meint die Frage nach dem Ansehen des Hegemons, nach seiner Legitimität: „*Willing submission to hegemonic leadership is difficult to maintain for long, because the legitimacy (if not the power) of such a leadership tends to erode*“ (Keohane und Nye 2012: 196). Auch für Ian Clark (2009: 27) ist „*legitimacy [...] a necessary part of [hegemony] rather than an optional extra*“. Im Zusammenhang mit der Rolle Amerikas seit dem Zweiten Weltkrieg definiert Clark (ebd.: 24) Hegemonie als „*an institutionalized practice of special rights and responsibilities conferred on a state with the resources to lead.*“

Hegemonie basiert laut Keohane (1984: 45) auf zwei Säulen, „*the subjective awareness by elites in secondary states that they are benefiting, as well as on the willingness of the hegemon itself so sacrifice tangible short-term benefits for intangible long-term gains.*“

¹³ Diese fußt laut HST auf „*control over raw materials, control over sources of capital, control over markets, and competitive advantages in the production of highly valued goods*“. (Keohane 1984: 32)

Ein weiterer zentraler Aspekt im Zusammenhang mit Hegemonie ist die militärische Macht.

„A hegemonic state must possess enough military power to be able to protect the international political economy that it dominates from incursions by hostile adversaries. This is essential because economic issues, if they are crucial enough to basic national values might become military-security issues as well. [...] Yet the hegemonic power need not to be militarily dominant world-wide. [...] The military conditions for economic hegemony are met if the economically preponderant country has sufficient military capabilities to prevent incursions by others that would deny it access to major areas of its economic activity”. (ebd.: 39-40)

Generell lässt sich seit dem Zweiten Weltkrieg allerdings eine sinkende Relevanz der militärischen Macht konstatieren. (vgl. Keohane und Nye 2012: 22-24)

Letztlich geht es Keohane (1984: 135) um eine „Synthese“ von Realismus und Institutionalismus, um die Entwicklungen der *“world political economy order”* in den ersten 20 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg umfassend erklären zu können: *„Institutionalism emphasized the role of shared interests created by economic interdependence and the effects of institutions; Realism stressed the impact of the American hegemony. Both perspectives are valuable but incomplete.”*

Der Realist Robert Gilpin (2001: 94), einer der klassischen Referenztheoretiker der IPÖ, sieht die HST als *„unterentwickelt”*, *„unausgereift”* und damit angreifbar. Andererseits merkt er an: *“Although it may be possible to create a stable liberal international order through cooperation but without a hegemon, this has never happened, and with no counterfactual example neither the theory nor its critics can be proved wrong.”* (ebd.: 93)

Er verteidigt die HST gegen Keohanes Kritik, wenn er schreibt: *„[T]he theory, at least in my opinion, posited that a hegemon is a necessary not a sufficient condition for establishment of a liberal international economy”* (Gilpin ebd.: 94). Auch die liberale Einstellung des Hegemons ist laut Gilpin (ebd.) ausschlaggebend für ein funktionierendes Wirtschaftssystem, denn *„a liberal international economy requires a hegemon committed to liberal economic principles, as Great Britain was in the nineteenth century and the United States was in the twentieth century: the theory was never intended to suggest that a Soviet Union, Nazi Germany, or militaristic Japan would promote a liberal world economy.”* (ebd.)

Ökonomen wie Barry Eichengreen, Nobel Laureate Robert Mundell, Robert Baldwin und Bruno Frey, haben sich laut Gilpin (ebd.: 94-96) alle für die *„Validität“* der HST ausgesprochen.

Besonders interessant erscheint ihm (zit. ebd.: 97) der Erklärungsansatz des Ökonomen Mancur Olson, demzufolge „*die Welt (zwar) besser funktioniert, wenn es eine hegemoniale Kraft gibt*“, deren Motivation als solche zu fungieren jedoch sinkt, sobald die Kosten zu hoch werden. Die Folge kann „*protectionist thinking*“ (ebd.) sein.

Zwar erleichtert ein Hegemon laut Gilpin (ebd.) das Funktionieren der IPÖ durch „*side payments*“ oder „*sanctions*“, aber „*coerce reluctant states to obey the rules of a liberal international economic order*“ ist auch ihm nicht möglich – die Basis ist Kooperation und ein Hegemon demzufolge definiert als „*leader of an alliance like that organized by Sparta to defeat the Persian invaders in ancient Greece or by the United States to defeat the Soviets*“ (ebd.: 99).

Gilpin (ebd.) und sein Kollege Stephen Krasner korrigieren Kindlebergers „*liberal version*“ der HST. Ihrer „*state-centric version*“ nach handelt der Hegemon lediglich im eigenen – insbesondere (sicherheits-) politischen – Interesse. Sie sind sich aber darin einig, dass die „*provision of such international public goods as free trade and monetary stability requires a dominant power with an interest in a liberal world economy and a willingness to expend economic and political resources to achieve and maintain that goal.*“ (ebd.)

Wenn eine Führungsmacht andere Staaten nicht unterwerfen, sondern lediglich ihre angestrebte Position schützen möchte, können beide Seiten profitieren (vgl. Keohane und Nye 2012: 37). Dieses Modell¹⁴ funktionierte bereits während der „*Pax Britannica*“ sowie in den ersten Jahren nach 1945 unter amerikanischer Führung¹⁵ mithilfe des „*Bretton Woods Systems*“.

All diese Überlegungen der IPÖ-Theoretiker bilden die Basis der Suche nach den Erklärungsfaktoren für Deutschlands Scheitern an seiner Führungsrolle während der Wirtschaftskrise – innerhalb des Modells von Paterson und damit auch im Rahmen dieser Arbeit - und werden folglich für die konkrete Beantwortung der Forschungsfrage (Kapitel 3) erneut eine zentrale Rolle spielen.

¹⁴ Siehe Keohane und Nye 2012: 37-38.

¹⁵ Man spricht hier von der „*pax americana*“; neben der „*pax britannica*“ das zweite klassische Beispiel der HST. (vgl. Gilpin 1981: 175-185)

1.3. Der dieser Arbeit zugrundeliegende Hegemoniebegriff

Die beiden vorangegangenen Abschnitte zu den hegemonialtheoretischen Grundlagen werfen die Frage nach dem dieser Arbeit zugrundeliegenden Hegemoniebegriff auf. Wenn im Folgenden von Deutschland als Hegemon innerhalb der EU während der Wirtschaftskrise die Rede ist, dann geht es dabei nicht um militärische Macht oder lediglich wirtschaftliche Dominanz, es geht um die *Führung der EU in schwierigen Zeiten, um Verantwortungsübernahme für die schwächeren Mitgliedstaaten und den Einsatz für eine erfolgreiche europäische Integration*.¹⁶ Dass die Erfüllung dieser Rolle nicht einfach ist, ist unbestritten und gibt einen ersten Anhaltspunkt, warum Deutschland möglicherweise als *Reluctant Hegemon* agiert.

1.4. Ein Mitgliedstaat als Führungsmacht der kooperativ angelegten EU?

Bevor es im zweiten Kapitel um die Entwicklung Deutschlands zu einem europäischen Hegemon geht, widmet sich dieser Abschnitt zunächst der besonderen Brisanz einer Führungsmacht innerhalb einer auf Kooperation fußenden Institution. Innerhalb der EU herrscht gemäß Art. 4 Absatz 2 EUV „*Gleichheit der Mitgliedstaaten*“. Zudem verfügt die Institution mit Kommission und Europäischem Rat über ein „*supranationales, ausführende[s] Organ*“ (Weidenfeld 2011: 127) sowie ein „*intergouvernementales Lenkungsorgan*“ (ebd.: 117-118) zur Festlegung der „*großen strategischen Leitlinien der Unionspolitik*“ (ebd.: 119). Bedarf es also eines Hegemons? Laut Christoph Schönberger (2012: 8) sind „*föderative Gebilde [...] immer dann anfällig für Hegemonie, wenn es nicht gelingt, eine von den Gliedstaaten weitgehend autonome Bundesgewalt zu etablieren.*“ Und weiter: „*Auf der europäischen Ebene gibt es keine starken, eigenständig legitimierten Akteure. Weder die Kommission noch das Europäische Parlament kommen dafür in Frage, zu technokratisch die eine, zu wenig mit den nationalen politischen Öffentlichkeiten vernetzt das andere.*“ (ebd.) Kann diese Lücke ein Mitgliedstaat als ‚*primus inter pares*‘ füllen? Deutschland muss laut Schönberger (ebd.), denn „*[d]er mit Abstand größte, bevölkerungsstärkste und wirtschaftskräftigste Mitgliedstaat der Europäischen Union kann seiner Stellung nicht ausweichen*“.

¹⁶ Eigene Definition der Verfasserin im Rahmen dieser Arbeit.

2. Ein „militärischer Zwerg“ (Kleine-Brockhoff und Maull 2011: 51) in einer Führungsrolle?

Die Entwicklung der Position Deutschlands in der EU

Deutschland in der Rolle dieses – notwendigen - Hegemons zu sehen erscheint zunächst kontraintuitiv. Zum einen hat die Bundesrepublik mit den beiden klassischen Hegemonien jüngerer Zeit, dem britischen Empire und der amerikanischen Vormachtstellung in der westlichen Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in puncto Größe und Einfluss wenig gemein. Mit dieser Problematik setzen sich auch Bulmer und Paterson (2013: 1390) im Zusammenhang mit der Anwendbarkeit der HST auseinander. Die beiden Autoren zitieren Joseph Nye, demzufolge es sich auch bei Großbritannien und den USA lediglich um „*regional and issue-specific rather than general*“ Hegemonien gehandelt habe. Man könne folglich auch im Zusammenhang mit einer möglichen Führungsrolle Deutschlands innerhalb der EU von einem Hegemon im Sinne der HST sprechen.

Auch Deutschlands anhaltende Weigerung als Militärmacht zu fungieren¹⁷ steht dem Bild einer Hegemonialmacht entgegen. Das deutsche Selbstverständnis zeigt sich laut Kleine-Brockhoff und Maull (2011: 52) beispielsweise in dem „*Verzicht auf eigene Kernwaffen*“. Während französische und britische Truppen regelmäßig an weltweiten Militäreinsätzen beteiligt sind, unterstützt Deutschland seine Bündnispartner meist lediglich organisatorisch und durch die Entsendung ziviler Hilfskräfte. (vgl. Maull 2011, Kundnani 2011: 39) Zudem gibt die Bundesrepublik weniger für die Rüstung aus als Frankreich und Großbritannien¹⁸. Kleine-Brockhoff und Maull (2011: 52) führen im Zusammenhang mit hegemonialen „*Basisfaktoren*“ auch den fehlenden „*ständigen Sitz*“ im „*UN-Sicherheitsrat*“ auf. Diese Bedenken räumen Bulmer und Paterson (2013: 1396) mit einem Hinweis auf Robert O. Keohane aus. Ihm zufolge bedarf ein Hegemon im Sinne der HST militärische Macht lediglich um „*feindliche Angriffe von außen*“ abzuwehren. (vgl. S. 8 dieser Arbeit)

Auf dieses interessante Spannungsfeld der militärischen Auseinandersetzungen soll aus analytischen Gründen hier nicht explizit eingegangen, sondern der Fokus vielmehr auf die Frage gerichtet werden, wie Deutschland trotz dieser vermeintlichen hegemonialen Defizite zur europäischen Führungsmacht werden konnte. Diese Entwicklung begann mit der Definition der

¹⁷ Vgl. hierzu Maulls Analyse (2011) des deutschen „Neins“ zum Irakkrieg 2003 und der Enthaltung im Sicherheitsrat in der Libyenkrise 2011.

¹⁸ Die Deutschen Rüstungsausgaben sind laut dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) 2013 zwar leicht gestiegen, die Bundesrepublik bleibt auf Rang sieben jedoch hinter Frankreich und Großbritannien im Ranking der Länder mit den höchsten Militärausgaben, http://books.sipri.org/product_info?c_product_id=476.

„Grundsätze der deutschen Außenpolitik“ nach dem Zweiten Weltkrieg (dazu ausführlich Colschen 2010: 121-166) und der daraus resultierenden deutsch-französischen Kooperation.

2.1. „European vocation“ nach dem Zweiten Weltkrieg

Das „außenpolitische Rollenkonzept“ (Maull 2011: 100) der Bundesrepublik Deutschland stützt sich seit den 50er Jahren auf drei Säulen: „*never alone*“, „*never again*“ und „*politics before force*“. Während letzteres die „*Skepsis gegenüber militärischen Machtmitteln*“ beschreibt und die zweite Säule (*never again*) Deutschlands Abkehr von seiner „*nichtdemokratischen und militaristischen Vergangenheit*“ sowie seine Verpflichtung zu „*einer werteorientierten Außenpolitik*“ meint, steht *never alone* für die konsequente „*Westorientierung und de[n] ausgeprägt multilaterale[n] Charakter der deutschen Außenpolitik*“. (ebd.) Dieser „*Grundsatz der Westintegration*“ steht auf zwei „*Pfeilern*“. „*Der erste Pfeiler besteht aus dem europäischen Integrationsprozess und den Beziehungen zu Frankreich. Der zweite Pfeiler rückt das transatlantische Element in den Vordergrund: Die USA und die NATO.*“ (Colschen 2010: 128) Diese Arbeit behandelt die Entwicklung und die durch die Wirtschaftskrise bedingten Veränderungen des ersten Pfeilers.

„*Dating back to the 1950s, there had been two strands to the beliefs and values articulated by German élites on integration*“ (Bulmer und Paterson 2013: 1393). Ein politisch motivierter, als deren Hauptvertreter Konrad Adenauer und Helmut Kohl gelten und ein am ökonomischen Nutzen orientierter, geprägt durch Ludwig Erhard und favorisiert von Bundesbank, Wirtschafts- und Finanzministerium (vgl. ebd.). Im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise und aufgrund eines „*[g]enerational change*“ (Bulmer und Paterson 2013: 1398) der politischen Führung verdrängt der zweite Ansatz den ersten zunehmend. Der ökonomische Aspekt spielte jedoch von Anfang an eine zentrale Rolle.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Bundesrepublik wirtschaftlich stark geschwächt¹⁹ und hatte keinerlei außenpolitische Souveränität (vgl. Colschen 2010: 127). Nach ihrer Gründung 1949 war sie - sicherheitspolitisch abhängig von den USA als „*benevolent hegemon*“ (Paterson 2010: 42) und Großbritannien, geteilt in vier Sektoren und isoliert von ihrer Hauptstadt - von einem „*konventionellen Staat*“ und insbesondere von „*staatlicher Handlungsfähigkeit*“ weit

¹⁹ Die deutsche Wirtschaft litt unter dem fehlenden Zugang zu wichtigen Exportmärkten und den strengen Auflagen der Internationalen Ruhrbehörde (vgl. Paterson 2010: 42).

entfernt. (vgl. Paterson 2011: 58) „*Nationale Interessen*“ zu verfolgen war wenige Jahre nach dem Ende des Dritten Reiches undenkbar. Daraus entwickelte sich der Duktus, das „*European interest*“ als „*national interest*“ anzusehen. (ebd.: 57)

Adenauer sah in der „*European integration as an arena of co-operation*“ eine Möglichkeit, „*to persuade [die anderen europäischen Staaten] to accept [die Bundesrepublik] as an economic competitor*“ (Paterson 2010: 42) und die Chance langfristig als vollwertiges Mitglied in die Staatengemeinschaft zurückkehren zu können (vgl. ebd.: 43). Anders als in sicherheitspolitischen Fragen kam der Bundesrepublik im Rahmen der europäischen Integration von Anfang an eine gestaltende Rolle zu, als gleichberechtigter Gründungsstaat und starke Wirtschaftsmacht (vgl. ebd.: 42). Aus dieser sowohl wirtschaftlichen als auch außenpolitischen Motivation heraus, entwickelte die Bundesrepublik unter Adenauers Führung ihre sogenannte „*European vocation*“²⁰ (vgl. Paterson 2010: 43) und wurde – in Kooperation mit Frankreich - zu einem „*Posterboy of European Integration*“ (Paterson 2011: 58).

2.2. Die deutsch-französische Kooperation

Es hat verschiedene Gründe, warum gerade Deutschland und Frankreich zum „*Motor der Integrationsgeschichte*“ (Weidenfeld 2011a: 19) wurden. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg stand eine alleinige Führungsrolle Deutschlands außer Frage (vgl. Bulmer und Paterson 2013: 1394) – man brauchte zur Umsetzung seiner *European vocation* einen starken Partner. Diesen fand Adenauer in Frankreich, mit dem Deutschland in seinen Augen eine „*Schicksalsgemeinschaft*“ (Stürmer 2012: 113) verband, und in der Person von Charles de Gaulle.

Als „*strategischen Höhepunkt*“ dieser Kooperation sieht Werner Weidenfeld (2011a: 20) den Abschluss des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages vom 22. Januar 1963. Die „*Vertragsväter*“ Charles de Gaulle und Konrad Adenauer reagierten mit einer bilateralen Lösung auf das Scheitern einer Politischen Union (basierend auf den Fouchet-Plänen) und unterzeichneten den sogenannten Elysee-Vertrag²¹ mit dem Ziel, zwischen den beiden Ländern eine „*dichte politische Zusammenarbeit zu schaffen, der sich auf Dauer die übrigen EWG-Mitglieder nicht würden entziehen können.*“ (Weidenfeld 2011b: 17)

²⁰ Paterson (2010: 49) sieht diese „*Berufung zur europäischen Integration*“ bedingt durch das „*vital interest*“ der Bundesrepublik an der Integration als Möglichkeit der Resozialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg.

²¹ Ausführlich zur Geschichte der europäischen Integration und den Anfängen der deutsch-französischen Kooperation: Weidenfeld 2011a: 19-22, 61-80 und 2011b: 13-27.

Diese von der „*Rhineland vision*“ (Paterson 2010: 43) Adenauers geprägte Phase unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ziel, die Bundesrepublik wirtschaftlich wie außenpolitisch zu re-integrieren²², bezeichnet Paterson (ebd.) als „*erste Stufe*“ der *European vocation*.

Die zweite Stufe begann mit der Kanzlerschaft Schmidts, verfestigte sich unter Kohl und fand ihren Höhepunkt zu Beginn der 90er Jahre. Ziel war eine vertiefte Integration; die einschlägige Literatur spricht von einer „*ever closer Union*“ (ebd.).

Während Adenauer, geprägt von den bitteren Erfahrungen der Weimarer Republik und dem Zweiten Weltkrieg sowie dem daraus folgenden „*reflexive multilateralism*“ (Paterson 2010: 42), die französische Führungsrolle innerhalb des Tandems dankend annahm (vgl. ebd.: 43), vollzog sich unter Helmut Schmidt der Wandel hin zu einem deutschen „*co-leader*“ (ebd.: 44). Thomas Pedersen (1998: 38) klassifiziert die deutsch-französische Zusammenarbeit später als „*co-operative hegemony*“, die ein „*höheres Maß an Stabilität und Vorhersehbarkeit [garantiert] als dies ein intergouvernementales Regime [könnte]*.“

Mit fortschreitender Integration, der deutschen Wiedervereinigung und dem Vertrag von Maastricht begann „*Stufe drei*“ (vgl. Paterson 2010: 48) und damit einhergehend eine Veränderung im Machtgefüge des Tandems (siehe Punkt 2.3.).

Die deutsch-französische Freundschaft war immer auch vom Engagement der jeweiligen Regierungschefs abhängig. So arbeitete Helmut Kohl²³ in enger Zusammenarbeit mit Francois Mitterand und Jacques Delors an der fortschreitenden Integration Europas (vgl. Paterson 2011: 59). Zu Beginn der Wirtschaftskrise war das deutsch-französische Tandem sehr stark: „*So muss betont werden, dass die zahlreichen Schritte im Krisenmanagement bis hin zu den Beschlüssen zur Fiskalunion ausnahmslos auf deutsch-französischen Absprachen und Vorschlägen basierten.*“ (Müller-Brandeck-Bocquet 2012: 3) Der „*berühmt[e] Strandspaziergang von Deauville*“ im Herbst 2010 führte gar zur Wortschöpfung „*Merkozy*“. (ebd.) Innerhalb dieses Duos übernahm jedoch bald Angela Merkel die Führung – eine Entwicklung die sich bereits seit längerem abgezeichnet hatte.

²² Paterson (ebd.: 48) spricht von: „*constituting Germany in Europe*“.

²³ Der Altkanzler war sich der besonderen Rolle des Tandems dabei laut Paterson (2011: 59) immer sehr bewusst: „*He [Helmut Kohl] often remarked that he bowed three times to the tricolour before undertaking a new initiative*“.

2.3. Veränderungen im Machtgefüge

Im Laufe der Jahre kam es zu Veränderungen im Machtgefüge des deutsch-französischen Tandems. Diese wurden bedingt durch historische Ereignisse sowie institutionelle Veränderungen innerhalb der EU, auf die im Folgenden eingegangen werden soll.

Zunächst lässt sich ein Erstarren Deutschlands konstatieren. Zu Beginn der deutsch-französischen Kooperation war die Bundesrepublik auf die helfende Hand Frankreichs angewiesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg lag das Land wirtschaftlich am Boden und war innerhalb der Staatengemeinschaft geächtet. Im Rahmen der europäischen Union konnte es sich aber nach und nach resozialisieren, ja sogar eine gestaltende Rolle einnehmen.

Mit dem Fall der Mauer überwand Deutschland schließlich auch das letzte Kriegstrauma. Die Wiedervereinigung am 03. Oktober 1990 war nicht nur ein einschneidendes Erlebnis für die beiden deutschen Staaten, sondern auch der Beginn einer Machtverschiebung innerhalb des deutsch-französischen Tandems. William Wallace (1991: 169-170) erwartete, dass Deutschland nun zum „*natural hegemon of any European political system*“ werden würde, bewahrheiteten sich zwar nicht – im Gegenteil kam es unter Helmut Kohl nicht nur zu einer Fortführung, sondern sogar zu einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit Frankreich (siehe Punkt 2.2.). Und doch führte die Einheit zu einer neuen Positionierung Deutschlands innerhalb der EU.

Neben das klassische Ziel der deutschen Europapolitik, ein „*European Germany*“ zu formen, trat nun – basierend auf „*[a] new self-confidence*“ - das Streben nach einem „*German Europe where German preferences were uploaded to a European level*“. (Paterson 2011: 59). Paterson (ebd.) führt in diesem Zusammenhang die Einführung des Euro und die Gründung der EZB an. Einerseits verzichtete die Bundesrepublik im Dienste der *European vocation* auf eines ihrer zentralen Identitätsmerkmale, auf das Symbol westdeutscher Wirtschaftsmacht, die deutsche Mark. Sie ließ es sich jedoch andererseits nicht nehmen, diese Zugeständnisse durch eine Zentralbank nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank und mit Sitz in Frankfurt „*abzumildern*“ (vgl. ebd.) – Integration ja, aber nicht (mehr) um jeden Preis.

Während sich Deutschland langsam zum gleichberechtigten Partner entwickelte, wurden die Anforderungen an das deutsch-französische Tandem aufgrund institutioneller Entwicklungen

immer komplexer. Die Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration setzte die „*kooperative Hegemonie*“ Deutschlands und Frankreichs zunehmend „*unter Druck*“ (vgl. Bulmer und Paterson 2013: 1394). Mit der Unterzeichnung des *Vertrages von Maastricht*²⁴ am 07. Februar 1992 erlangte die europäische Integration eine neue Dimension. Basierend auf dem sogenannten „*Drei-Säulen-Modell*“ erfolgte die Gründung der *Europäischen Union*. Diese umfasste neben den *Europäischen Gemeinschaften* (bestehend aus der früheren EWG, die in EG umbenannt wurde, EGKS und Euratom) zwei weitere Säulen: die *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* (GASP) sowie die *Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik* (ZJIP). (vgl. Darstellung bei Weidenfeld 2011a: 83) Mit fortschreitender Integration fiel Deutschland und Frankreich die Führungsrolle immer schwerer, zu einschneidend waren die Befugnisse, die auf europäische Ebene übertragen werden sollten. Da sowohl GASP als auch ZJIP dem intergouvernementalen Entscheidungsverfahren unterlagen (vgl. ebd.), kam es zu endlosen Diskussionen im Europäischen Rat.

Zusätzliche Herausforderungen hielten die *Erweiterungsrunden* bereit. Die „*größte Erweiterung in der Geschichte der Union*“ (Weidenfeld 2011a: 103), die sogenannte Osterweiterung mit dem Beitritt von acht neuen Mitgliedstaaten am 01. Mai 2004, sowie der Beitritt von Rumänien und Bulgarien am 01. Januar 2007 ließen die Mitgliederzahl auf 27 ansteigen und machten die intergouvernementale Entscheidungsfindung nicht leichter.

Erschwerend zu diesen externen Herausforderungen kam die Entwicklung hin zu einer „*asymmetrischen*“ (Bulmer und Paterson 2013: 1394) Kräfteverteilung innerhalb des Tandems. Deutschland war in der EU der 27 zu einer „*Zentralmacht Europas*“ (Schwarz 1994) aufgestiegen, es lag nicht länger am Rande der Institution. Frankreich litt sehr viel stärker unter den Auswirkungen der Krise als Deutschland (siehe Tabelle 1), und war Deutschland spätestens mit dem Verlust seines Triple A – Status‘ Anfang 2012 (Gisela Müller-Brandeck-Bocquet 2012: 2) kein verlässlicher Partner mehr²⁵.

Diese Entwicklung führte dazu, dass Deutschland unter Angela Merkel eine Führungsrolle innerhalb der EU übernahm und diese auch beim Ausbruch der Wirtschaftskrise innehatte.

²⁴ Ausführlich zum Vertrag von Maastricht: Weidenfeld (2011a: 81-84).

²⁵ Auch Anfang 2014 bekam Frankreich von den drei großen Agenturen: Standard & Poors, Moody's und Fitch lediglich „AA“. Online unter: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/ratings102.html>.

2.4. Deutschland übernimmt die Führung – und scheitert doch

Angela Merkels Amtsantritt im Herbst 2005 legte den Grundstein für eine deutsche Führungsrolle in der EU. Die Kanzlerin regierte in einer großen Koalition, was innenpolitisch ebenso Ruhe versprach wie die insgesamt positive wirtschaftliche Stimmung. (vgl. Paterson 2011: 63) Während ihr Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit der „CIA-Affäre“²⁶ befasst war, konnte die Bundeskanzlerin unterstützt von dem brüsselerfahrenen Christoph Heusgen²⁷ ihr außenpolitisches Profil auf Europaebene stärken. (vgl. ebd.)

Tony Blair und Jacques Chirac standen vor dem Ende ihrer Amtszeit, ein Moment, das Angela Merkels starke Positionierung im Europäischen Rat ebenso begünstigte wie die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 Deutschlands Anerkennung in der EU. (vgl. ebd.)

Auch inhaltlich konnte Deutschland etwas bewegen. *„So gelang es [...], den in Bedrängnis geratenen Verfassungsprozess wiederzubeleben“* (Müller-Brandeck-Bocquet 2012: 1) und mit dem Vertrag von Lissabon schließlich nicht nur einen Kompromiss, sondern einen *„triumph for the German government and Chancellor Merkel personally“* (Paterson 2011: 65) zu erringen.

Die europäischen Regierungschefs schätzten Angela Merkels *„betont nüchterne[n], gleichwohl konstruktive[n] und ergebnisorientierte[n] Stil“* (Müller-Brandeck-Bocquet 2012: 1) und es gelang ihr – im Rahmen des zweiten Themenschwerpunkts der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: *„climate change“* – für die *„ambitious emission targets“* Deutschlands das Okay der anderen europäischen Staaten zu bekommen. (Paterson ebd.: 64)

Als *„[p]erhaps the most remarkable feature“* erscheint Paterson (ebd.)

„the lack of resentment at German leadership. Indeed, with the exception of the Polish government which was eventually wholly isolated, the overwhelming attitude was one of respect and gratitude.“

²⁶ „Frank-Walter Steinmeier war während der rot-grünen Regierungszeit [1998-2005] Kanzleramtschef. Ihm und anderen früheren Ministern wird vorgeworfen, sie hätten Gefangennahmen und -transporte von Terrorverdächtigen durch die CIA in Europa stillschweigend gebilligt.“ (Stern Online, 07.12.2005) Siehe auch: Stern Online, 28.11.05; FAZ Online, 07.12.05

²⁷ „Außen- und sicherheitspolitischer Berater der Kanzlerin“ (Bannas 2013).

Anfang 2012, knapp fünf Jahre nach Ausbruch der Wirtschaftskrise, sieht Gisela Müller-Brandeck-Boucquet (2012: 2) eine „*faktische Dominanz Deutschlands*“:

„Sieben Euroländer sind Kleinstaaten [...]; von den sechs mittelgroßen Mitgliedern [...] werden zwei, Griechenland und Portugal, [...] finanziell unterstützt; zwei der wirtschaftlich wichtigsten Mitglieder der Eurozone, Italien und Spanien, befeuerten monatelang die Krise weiter, so dass als belastbarer Partner jedweder Gegenmaßnahmen allein Frankreich infrage [kam].“

Nachdem auch Frankreich im Laufe der Krise an Stärke verlor (siehe Punkt 2.3.), lagen alle Hoffnungen auf Deutschland (vgl. Bulmer und Paterson 2013: 1395). Unter den gegebenen Umständen schien eine Führungsrolle der Bundesrepublik naheliegend. Durch die Formulierung von „*conditiones sine quanon*“ hatte Deutschland unter Angela Merkels Führung und bisweilen auch gegen nationalen politischen Widerstand²⁸ wiederholt seine Verhandlungsstärke gezeigt. (Müller-Brandeck-Boucquet 2012: 2). Diese kulminierte im Zusammenhang mit der Gründung einer Fiskalunion „*beim EU-Gipfel am 8. und 9. Dezember 2011 in ein[em] weitgehende[n] Obsiegen deutscher Positionen und Forderungen*“ (ebd.: 1).²⁹

Nur ein Jahr später wurde die deutsche Ablehnung der Rolle der EZB als „*lend[er] of last resort*“ (vgl. Matthijs und Blyth 2011) jedoch auf europäischer Ebene konterkariert:

„Indeed, it was, the European Central Bank (ECB) under Mario Draghi that overturned German opposition to the last of these through his 2012 commitment to do whatever was necessary to preserve the euro as a stable currency and the specific interventions of September 2012, termed Outright Monetary Transactions“

Paterson und Bulmer (2013: 1396) kommen zurecht zu dem Schluss, dass „*the evidence on German hegemony in the eurozone crisis [...] not very convincing*“ ist.

²⁸ Müller-Brandeck-Bocquet (2012: 2) nennt Wolfgang Schäuble im Zusammenhang mit der Haftungsunion.

²⁹ Ergebnis des Gipfels war die Formulierung folgender Ziele: „*Gesetzliche Schuldenbremsen, strengere Regeln für Haushaltssünder und eine engere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit*“ (Bundeszentrale für politische Bildung 2011).

3. Gründe für Deutschlands Scheitern an seiner Führungsrolle

Nach Überlegungen zu hegemonialtheoretischen Grundlagen und einem Abriss der historischen Entwicklung der Rolle Deutschland innerhalb der EU, befassen sich die drei folgenden Punkte nun mit möglichen Erklärungsfaktoren für Deutschlands Scheitern an seiner Führungsrolle. Zunächst werden die Anknüpfungspunkte der HST aufgezeigt, anschließend folgt eine ausführliche Analyse des *Reluctant-Hegemon-Modells* nach William E. Paterson, um abschließend die Erklärungsansätze weiterer Autoren vorzustellen.

3.1. Die Theoriedebatte der hegemonialen Stabilität

Einen theoretischen Erklärungsansatz bietet die HST. Deutschlands Scheitern an seiner Führungsrolle erklären Matthijs und Blyth (2011) - unter Rekurs auf Charles P. Kindleberger - anhand der fehlenden Bereitschaft, „to provide“ die notwendigen „five public goods“, „to guarantee the strength of any international economic system“³⁰:

(1) „[A] market for distress goods (goods that cannot find a buyer)”

Statt Märkte für die Produkte südeuropäischer Länder zu schaffen, nutzte die Bundesrepublik die dortigen Exportmärkte für eigene Produkte. Während die Exportraten zwischen 2000 und 2009 stiegen, fielen die Konsumausgaben bei steigenden Sparraten. (vgl. ebd.)

(2) „[C]ounter-cyclical long-term lending”

Statt als anti-zyklischer Kreditgeber zu fungieren, versorgte man die Südeuropäer mit Krediten für den Kauf deutscher Produkte, um ihnen sobald die Krise eskalierte den Geldhahn zuzudrehen. Je mehr die südeuropäischen Staaten Kredite brauchten, desto weniger war Deutschland bereit, diese zu gewähren. (vgl. ebd.)

(3) „[S]table exchange rates“

Die Bedingungen für stabile Wechselkurse wurden mit dem deutschen Bruch des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bereits 2003 ad absurdum geführt. Ausbleibende Sanktionen setzten ein verheerendes Zeichen für die kleineren Mitgliedstaaten, die die Konvergenzkriterien in der Folge als verhandelbar ansahen. (vgl. ebd.)

³⁰ „The United States did not supply these things in the 1930s. Germany fails the test on all five items today.” (Matthijs und Blyth (2011))

(4) „[M]acroeconomic policy coordination“

Deutschlands Versuche den anderen europäischen Staaten seinen Ordoliberalismus aufzuzwingen waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Deutschlands wirtschaftlicher Erfolg fußte auf seiner Sonderstellung innerhalb der Eurozone und konnte nicht schlicht auf die anderen Staaten übertragen werden. Oder wie Matthijs und Blyth (ebd.) es ausdrücken: „*Germany could only be like Germany because the others countries were not.*“

(5) „[A] real lending of last resort during financial crises“

Deutschlands weigerte sich vehement, eine Rolle der EZB als „*lender of last resort*“ zu akzeptieren. (vgl. ebd.)

Auch Keohane und Nye (2012: 38) argumentieren basierend auf Annahmen der HST: „*Ironically*“ führten gerade „*the benefits of a hegemonial system, and the extent to which they are shared*“ zum „*collapse*“. Die *secondary states* profitierten von der schützenden Hand und dem ökonomischen Engagement des Hegemons, in der Folge steige ihr Einfluss und ihre Macht auf Kosten des Hegemons und schließlich emanzipierten sich die kleineren Staaten. (vgl. ebd.)

Basierend auf Kindlebergers Überlegungen entwickelte Paterson sein *Reluctant-Hegemon-Modell*, welches im nächsten Abschnitt erläutert wird.

3.2. Patersons *Reluctant-Hegemon-Modell*

William Paterson (2011) entwickelte das *Reluctant-Hegemon-Modell* in einem Artikel für das *Journal of Common Market Studies* und sieht den Ausbruch der „eurozone crisis“ als „*tipping point for classic German Europeanism while simultaneously Germany has been pushed somewhat reluctantly centre stage to become Europe’s reluctant hegemon.*“ (ebd.: 57)

Wesentliche Grundpfeiler der deutschen Europapolitik geraten ins Wanken, neben der uneingeschränkten Bekenntnis zur europäischen Integration auch das jahrzehntelang erprobte Tandem mit Frankreich, und die Bundesrepublik wird zum „*überforderten*“ (Kleine-Brockhoff und Hanns 2011) „*Hegemon wider Willen*“ (Schönberger 2012).

Paterson (2011: 65) spricht von einer „*paradoxen Entwicklung*“ im Zuge der zweiten Legislaturperiode unter Kanzlerin Angela Merkel. Die Ausgangslage schien außen- wie innenpolitisch

formidabel. Nach vier Jahren in einer großen Koalition regierte Merkels Union nach dem Wahlsieg im Herbst 2009 mit der FDP, einem kleineren und ideologisch näheren Partner als es die SPD gewesen war. (vgl. ebd.) International genoss die Kanzlerin nach den Erfolgen im Zusammenhang mit dem Vertrag von Lissabon und der weitgehenden Umsetzung der umweltpolitisch verfolgten Ziele großes Ansehen und war zudem von geschwächten europäischen Partnern umgeben. (siehe Punkt 2.4.) Paterson (ebd.) schreibt:

„President Sarkozy was losing support domestically and internationally, a weak Brown-led government in the United Kingdom was about to cede power to an inexperienced coalition whose leader had no interest in exercising power at a European level, and Berlusconi was now seen as a figure of fun.“

„As the dominant economy and key creditor nation“ der EU wurde Deutschlands Position mit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise weiter verstärkt. (ebd.) Und dennoch – *„Chancellor Merkel’s former surefootedness and resolution in European policy has been replaced by missteps and an over-cautious approach. German economic strength has ensured her continuing pre-eminence, but she is a diminished figure“* (ebd.).

Deutschland stand unvermittelt als Haupt-Show-Act auf der europäischen Bühne und fühlte sich damit überfordert. Für diesen Wandel vom *„pre-eminent European leader“* zum *„reluctant hegemon“* sieht Paterson verschiedene Erklärungsfaktoren. (ebd.)

(1) Angela Merkel

Zunächst fehlt Angela Merkel ihm zufolge (ebd.: 66) eine *„European vision“* wie sie beispielsweise Adenauer oder Kohl besaßen. Das *„europäische Projekt“* sei keine *„Herzensangelegenheit“* (frei nach Paterson) der Kanzlerin, was der Wissenschaftler auf ihre ostdeutsche Herkunft zurückführt. Dieses Argument gilt es in verschiedenen Punkten zu hinterfragen.

Die Analyse exemplarischer Reden der Kanzlerin zum Thema Europa zeigt ihr klares Bekenntnis zur Europäischen Union und ihr Bewusstsein für die zentrale Bedeutung der europäischen Integration für Deutschland. So sprach sie bereits während ihrer ersten Amtszeit in einer Regierungserklärung zur Europapolitik vor dem Deutschen Bundestag am 11. Mai 2006 von der *„[Notwendigkeit] der historischen Begründung der Europäischen Union eine Neubegründung [hinuzufügen]“* (S. 4). In ihrer Humboldt-Rede zu Europa am 27. Mai 2009 unterstrich sie

unter Verweis auf die Präambel und den Artikel 24 Absatz 2 des Deutschen Grundgesetzes den Status der europäischen Integration als „*Staatsräson*“ (Absatz 15).

Anders als Paterson (2011: 66) dies andeutet, liegt Angela Merkels Eintreten für Europa (auch) in ihren Erfahrungen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung begründet und damit explizit in ihrer ostdeutschen Vergangenheit. (vgl. Merkel 2009: Absätze 3, 7-8; Merkel 2014: Absatz 6) Während die europäische Integration nach dem Zweiten Weltkrieg sowie zu „*Zeiten des Kalten Krieges*“ schlicht die unumstrittenen „*richtige Antwort*“ war und „*nicht aus sich [selbst] heraus begründet werden musste*“, ändert sich dies laut Angela Merkel (2006: 4-5) in einer globalisierten Welt und angesichts der Herausforderungen aktueller Krisen.

Paterson (2011: 66) kritisiert allerdings zu Recht, dass es der Kanzlerin letztlich nicht gelingt, ihren Anspruch einer Neubegründung mit Leben zu füllen. Und weiter:

It is, however, an important component in mobilizing domestic support if the issue is subject to significant contestation at a domestic level. In her first term of government the issues on which she had been so successful had not raised significant domestic opposition and she was able to continue to profit from the elite autonomy that had allowed German governments to place themselves at the centre of EU constitutive agreements. This era was now coming to an end. (ebd.)

Gerade im Zuge einer veränderten innenpolitischen Lage wäre die glaubhafte Vermittlung einer europäischen Vision durch die Bundeskanzlerin essenziell (vgl.: ebd.).

(2) Domestic constraints

Auf diesen zweiten Erklärungsansatz kommt Paterson in einem Artikel, den er zusammen mit seinem Kollegen Simon Bulmer im *Journal of European Public Policy* veröffentlichte, unter dem Begriff der „*domestic constraints*“ (Bulmer und Paterson 2013: 1397-1400) zurück. „*[C]hanging circumstances*“ (ebd.: 1397) liefern die Begründung für die Diskrepanz zwischen den Erwartungen an Deutschland und dessen zögerlicher Reaktion.

Deutschlands *European vocation* erreichte ihren „*zenith*“ (Paterson 2011: 60) in der Ära Kohl und nimmt seitdem kontinuierlich ab³¹. Mit fortschreitender Integration vergrößerte sich die

³¹ Im Zusammenhang mit der Europawahl 2014 zeigte sich diese Entwicklung sehr deutlich mit dem Einzug der europakritischen Partei AfD (Alternative für Deutschland) in das europäische Parlament (amtliches Endergebnis der Europawahl siehe Grafik 1).

ökonomische Heterogenität der Mitgliedstaaten und während Deutschland „[t]raditionally [...] has relied on side payments to persuade smaller and poorer partners“, änderten „the growth of demands from poorer states“ und eigene wirtschaftliche Probleme³² dieses Vorgehen. (ebd.) Die Angst vor explodierenden Kosten beispielsweise im Bereich der Agrarpolitik führte zu bilateralen Abkommen wie dem deutsch-französischen „Agrar-Deal“ 2002 (vgl. ebd.) und generell zu einem stärkeren Eintreten Deutschlands für seine „distinctive interests“ (ebd.: 61).

Lange galt es jeglichen „Zuwachs an deutscher Handlungsfähigkeit (auch) in eine Vertiefung der europäischen Integration umzumünzen, zum einen, weil damit den Interessen des Landes am besten gedient war, zum anderen, weil die Partnerstaaten eine europäische Einbindung (West-)Deutschlands zwingend einforderten“ (Müller-Brandeck-Bocquet 2012: 1).

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich dieser „genetische Code“ (Goetz 1996: 24) der Eliten jedoch geändert. Den Anfang machte die Regierung Schröder (1998-2005). Der damalige Kanzler sprach in einem viel zitierten Interview mit der Financial Times erstmals von „nationalen Interessen“ und einem „selbstbewussten“ Deutschland, dessen Bürger Europäer seien, weil sie es „wollten“, nicht weil sie es „müssten“ (zitiert u.a. bei Hyde-Price und Jeffery 2001: 700). Für Paterson und Bulmer (2013: 1398) war Joschka Fischers Humboldt-Rede 2000, „which initiated the EU’s constitutional ‘episode’ in the 2000s, [...] arguably the last major pro-integrationist intervention by a senior minister“ und ein „generational change“ in der politischen Führungsriege des Landes ausschlaggebend für mehr Selbstbewusstsein einerseits und ein Verblässen des Bewusstseins der Errungenschaften der europäischen Integration für Deutschland andererseits.

Paterson und Bulmer (ebd.) lassen auch in diesem Punkt eine leise Kritik an Angela Merkel anklingen, deren „abwägender Führungsstil“ unter den gegebenen Voraussetzungen auch an anderer Stelle problematisch bewertet wird (siehe oben). Ulrike Guérot und Mark Leonhard (2011: 3) sehen erschwerend hinzukommen, dass „Germany’s economic base has also been shifting away from Europe towards the so-called BRICs“³³.

³² Infolge der Wiedervereinigung musste Deutschland bereits vor Ausbruch der globalen Wirtschaftskrise massive Einsparungen vornehmen, was einerseits den Ordoliberalismus erstarken ließ und Deutschland andererseits durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie die Hartz-IV-Reform ökonomisch gegenüber anderen EU-Staaten stärkte. (ausführlich bei Streek 2009: 3-40; zitiert bei Bulmer und Paterson 2013: 1397)

³³ „For example, German exports to China grew by over 70 percent in the 18 months from the beginning of 2009 to mid-2010. Goldman Sachs has projected that, assuming trends remained unchanged for the next 18 months, German exports to China would be roughly at the same level as exports to France by the end of 2011.“ (Guérot und Leonhard 2011: 3)

Der Einstellungswandel der Eliten steht in Beziehung zu einem wachsenden Euroskeptizismus in der Bevölkerung. Dieser geht einerseits konform mit einem gesamteuropäischen Wandel vom „*permissiven Konsens*“ der frühen europäischen Jahre hin zu einem „*hemmenden (constraining) Dissens*“ wie in Lisbeth Hooghe und Gary Marks (2009: 5) seit dem Vertrag von Maastricht konstatieren, erreichte allerdings im Zuge der Wirtschaftskrise einen neuen Höhepunkt. So gaben 2011 nur noch 38 Prozent der Befragten in Deutschland an, der EU zu vertrauen, zehn Prozent weniger als 2007 (Armingeon und Ceka 201: 93).

Neben den politischen Eliten und der Bevölkerung gibt es innenpolitisch einen dritten kritischen Akteur zu berücksichtigen: das Bundesverfassungsgericht (BVerfG). Paterson und Bulmer (2013: 1399) sprechen von einer Entwicklung vom „*veto player to a co-shaper of German European policy*“. Nicht nur im Zusammenhang mit dem Grundrechtsschutz³⁴ spielt die Institution eine zentrale Rolle. Regelmäßig überprüft das höchste nationale Gericht auch die Vereinbarkeit von Europarecht mit dem deutschen Grundgesetz und mahnt die Beteiligung des Parlaments in europäischen Entscheidungen an, so erstmals im *Maastricht-* (BVerfGE 89, 155 ff.) und später auch im *Lissabon-Urteil* (BVerfGE 123, 267 ff.). (vgl. ebd.: 1398) Im Kontext der Wirtschaftskrise erreichte die Kontrollfunktion des BVerfG eine neue Dimension, so gab es Entscheidungen zur Grundrechtsvereinbarkeit des „*Europäischen Stabilitätsmechanismus*“ ebenso wie zum „*Fiskalpakt*“. (ebd.: 1399)

Im Januar 2014 schließlich legte das BVerfG – erstmals in seiner Geschichte – im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens dem EuGH die Frage³⁵ vor, „*ob der Beschluss der Europäischen Zentralbank über den unbegrenzten Kauf von Staatsanleihen mit EU-Recht vereinbar [sei]*“ (Huff 2014). Sollte diese Frage entsprechend der Empfehlung³⁶ von Prof. Dr. iur. Karl Albrecht Schachtschneider³⁷ bejaht werden, so hätte dies weitreichende Folgen für die von der

³⁴ Es zeigt sich eine Tendenz des BVerfG, den Grundrechtsschutz wie in der EuGH gewährt zunehmend als gleichwertig mit nationalen Standards zu bewerten. Vgl. hierzu zentrale Entscheidungen: *Solange I* (BVerfGE 37, 271 ff.), *Solange II* (BVerfGE 73, 339 ff.), *Maastricht* (BVerfGE 89, 155 ff.) und *Bananenmarktverordnung* (BVerfGE 102, 147 ff.).

³⁵ Die Vorlagefrage im Wortlaut: „*Ist der Beschluss des Rates der [EZB] vom 6. September 2012 über Technical features of Outright Monetary Transactions mit Artikel 119 und Artikel 127 Absätze 1 und 2 des [AEUV] sowie mit Artikel 17 bis 24 des Protokolls über die Satzung des [ESZB] und der [EZB] unvereinbar, weil er über das in den genannten Vorschriften geregelte Mandat der [EZB] zur Währungspolitik hinausgeht und in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten übergreift?*“ (BVerfG, 2 BvR 2728/13 vom 14.01.2014)

³⁶ Die empfohlene Antwort lautet: „*Der OMT-Beschluß überschreitet das Mandat der EZB. Die EZB betreibt mit diesem Beschluß im Wesentlichen nicht mehr Geldpolitik, sondern Fiskal- und Finanzstabilitätspolitik, also Wirtschaftspolitik, die Sache der Mitgliedstaaten ist. Sie mißachtet das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung und damit auch die Souveränität der Völker der Mitgliedstaaten als die Freiheit der Bürger derselben.*“ (Schachtschneider 2014: 24)

³⁷ „*Staatsrechtler*“, „*Euro-Kritiker*“ und einer der „*erste[n] Unterstütze[r] der ‚Wahlalternative 2013‘, aus der die AfD hervorging*“ (Lachmann 2014).

Wirtschaftskrise betroffenen europäischen Länder und das BVerfG hätte seinem Ruf als Vetspieler in der europäischen Integration alle Ehre gemacht.

(3) Die Wirtschaftskrise

Als dritten Erklärungsansatz sieht Paterson (2011) die Wirtschaftskrise als solche, die nicht nur „jeden Regierungschef auf eine harte Probe stellen würde“ (vgl. ebd.: 65) sondern auch wie ein „[T]sunami“ (ebd.: 68) über Europa hereinbrach.

Der der Wirtschaftskrise zugrundeliegenden ökonomischen Abwärtsspirale einiger Mitgliedstaaten hatte man etwa zehn Jahre früher durch den *Stabilitäts- und Wachstumspakt* vorzubeugen versucht (vgl. Weidenfeld 2011a: 179).

Mit der Einführung des Euro am 01. Januar 2002 sollte basierend auf Jacques Delors Drei-Stufen-Plan die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vollendet werden (ebd.: 177). Auf Bestreben des damaligen deutschen Finanzministers Theo Waigel einigten sich die Mitgliedstaaten im Vertrag von Amsterdam 1997 darauf, dass das „Konvergenzkriteri[um] für den Beitritt zur WWU“, „solide Staatsfinanzen“³⁸ vorweisen zu können, „auch nach Einführung der einheitlichen Währung“ weitergelten sollte. (ebd.: 178-179) Leider gehörte neben Frankreich 2002 auch Deutschland zu den ersten gegen diese Regelung verstoßenden Staaten und setzte sich zusammen mit seinem Tandempartner vehement dafür ein, dass „ein von der Kommission eingeleitetes Verfahren vom Rat gestoppt wurde“ (ebd.: 179).

Paterson (2011: 68) zitiert an diesem Punkt Beverly Crawford, die 2007 konstatierte:

„Germany had weakened the very regime it had created. It would now be difficult to ask other eurozone members with chronic deficits to curb their spending, and what the Commission called ‚fiscal irresponsibility‘ in one country could very possibly damage others“.

Da der Stabilitäts- und Wachstumspakt von Anfang an völlig ausgehöhlt war, gelang es nicht, die Entwicklung wie sie sich beispielsweise in Griechenland vollzog, rechtzeitig „abzufangen“. Hinzu kamen eine Reihe von strategischen Fehlentscheidungen von Angela Merkel, die sie

³⁸ „Die jährliche Neuverschuldung darf nicht über drei Prozent, die Gesamtverschuldung nicht über 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen.“ (Weidenfeld 2011a: 177)

mehr und mehr zu einer Getriebenen der sich – innen- wie außenpolitisch – überschlagenden Ereignisse werden ließen.

Zunächst schlug die Kanzlerin in Opposition zu ihrem Finanzminister Peer Steinbrück³⁹ einen harten Kurs gegenüber Griechenland ein. Dies wohl mit Blick auf die Wahlen im Herbst 2009 und auch Anfang 2010 noch beeinflusst von der zunehmend europakritischen Einstellung der Bürger (siehe Punkt *domestic constraints*). Paterson (2011: 69) verweist in diesem Zusammenhang auch auf die von der BILD Zeitung angeführte „*Anti-Griechenland-Kampagne*“⁴⁰ (Schwabe 2010), der sich die Kanzlerin nach Ansicht von Sigmar Gabriel hätte „*dezidiert [entgegen] stellen müssen*“ (ebd.).

Mit der Errichtung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität im Mai 2010 war eine Garantie von 750 Milliarden Euro verbunden, Deutschland zeichnete verantwortlich für 27,13 Prozent – und die Koalition aus Union und FDP verlor nicht nur die Wahlen in Nordrhein-Westfalen, sondern auch die Mehrheit im Bundesrat. (vgl. Paterson 2011: 69). Es ist diese Vorgeschichte, die die Position der Kanzlerin in Sachen „*Eurobonds-Debatte*“⁴¹ nachvollziehbar macht.

Neben den *domestic constraints* sehen Bulmer und Paterson (2013: 1387) in ihrem Artikel zwei weitere „*Einschränkungen*“ für Deutschlands Hegemonialstellung im Rahmen der Wirtschaftskrise bzw. zwei weitere Erklärungsfaktoren für sein Dasein als *Reluctant Hegemon*.

(4) Deutschland als bloße Wirtschaftsmacht

Deutschland fehlt die militärische Macht, die Frankreich und Großbritannien innehaben. Es ist nach wie vor ein „*militärischer Zwerg*“. Die Wirtschaftskrise war der ideale Zeitpunkt für eine Wirtschaftsmacht wie Deutschland, um die Führung zu übernehmen.

Auf Dauer reicht aber ökonomische Macht alleine nicht aus.

³⁹ Dieser hatte im Februar 2009 Hilfen für in Schwierigkeiten geratene Mitgliedstaaten angekündigt. (vgl. Paterson 2011: 69).

⁴⁰ Vgl. hierzu auch den Kommentar von Karsten Polke-Majewski auf Zeit Online vom 28. April 2010: Der Autor kritisiert „*[wie] manche Medien in der Griechenland-Krise die Ressentiments der Bürger schüren*“ als „*unerträglich*“.

⁴¹ Angela Merkels klares ‚Nein‘ in der Eurobonds-Debatte hatte ihr bereits große Kritik der Opposition eingebracht. So „*plädier[t]en*“ Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier in der *Financial Times Deutschland* für „*gemeinsame europäische Anleihen*“. (Welt Online 2010). Erst im Zusammenhang mit der Europawahl 2014 kam es zu einer gemeinsamen Positionierung der Spitzenkandidaten von SPD und Union für Eurobonds. (vgl. Deutsche Wirtschafts Nachrichten 2014)

Bulmer und Paterson (ebd.: 1400) resümieren in diesem Punkt:

“It was the lack of clear EU competence in the fiscal domain that created a particular vacuum that Germany could fill. In foreign policy Berlin’s unwillingness to intervene in Libya demonstrates the unwillingness to play a leadership role more widely.”

Diese Problematik zeigt sich insbesondere im Zusammenhang mit politischen Krisen wie sie sich im Frühjahr/Sommer 2014 in der Ukraine abspielen. Im Rahmen dieser Arbeit liegt der Fokus aus analytischen Gründen gerade nicht auf militärischen Auseinandersetzungen. Die Thematik einer möglichen dahingehenden Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik im Kontext einer längst überfälligen Verantwortungsübernahme⁴² innerhalb der Staatengemeinschaft ist eine hochkomplexe eigene Fragestellung und führte im Rahmen dieser Arbeit zu weit.

(5) Fehlende Legitimität

Das ihrem letzten Punkt zugrundeliegende Dilemma bringen Bulmer und Paterson auf die Formel: *„Als wirtschaftliche Nummer eins anerkannt, aber politisch umstritten“* (vgl. ebd.: 1387) und befassen sich mit der Problematik von *„internal and external legitimacy“* (ebd.: 1396).

Aufgrund seiner Historie leide Deutschland an einem *„leadership avoidance reflex“* (ebd.). Dieser Aspekt betrifft zunächst die Eliten. In einem Interview mit dem *Handelsblatt* sagte Altkanzler Schmidt – angesprochen auf die Forderung des *Economist*, dass Deutschland jetzt endlich die Führung übernehmen müsse: *„Die Deutschen sind zur Führung in Europa für die nächsten Jahrhunderte ausgeschlossen, weil sie diejenigen sind, die mindestens den Zweiten Weltkrieg allein verantworten müssen“* (Welt Online 2013). Zwar findet auch hier aufgrund des Generationenwechsels (vgl. S. 23) langsam ein Einstellungswandel statt und doch schwingt Deutschlands Rolle während der beiden Weltkriege immer noch mit. Die fehlende interne Legitimität betrifft aber auch die bereits unter Punkt (2) ausführlich thematisierten *domestic constraints*. Die deutsche Bevölkerung steht der europäischen Integration per se zunehmend kritisch gegenüber und hat insbesondere Angst vor einer Rolle Deutschlands als *„Zahlmeister“*⁴³ (Kaf-sack 2013) der EU.

⁴² Vgl. die Aussagen des Bundespräsidenten auf der Münchner Sicherheitskonferenz zu diesem Thema (Einleitung).

⁴³ Laut dem Finanzbericht der Europäischen Kommission zählt Deutschland zu den Top 5 Nettozahlern der EU, und leistete mit 11,95 Milliarden Euro den größten Beitrag zum EU-Haushalt 2012. Der Pro-Kopf-Beitrag lag jedoch in Schweden, Dänemark und Luxemburg höher, der Anteil am BIP war in Deutschland lediglich am drittgrößten, ebenfalls hinter Schweden und Dänemark. (Bundeszentrale für politische Bildung 2014)

Darüber hinaus fehle es der Bundesrepublik an „*international legitimacy*“ (ebd.: 1397), ein laut Clark, Keohane und Nye (vgl. Seite 7) essenzieller Faktor für eine erfolgreiche Hegemonie.

Die europäischen Staaten bewerten die Rolle Deutschlands allerdings unterschiedlich:

„German leadership is seen as legitimate by the creditor states such as Austria, Finland and the Netherlands, and by an aspirant member of the eurozone like Poland. By contrast, on the streets of Greece, Spain and during the February 2013 Italian election⁴⁴ anti-German sentiment has become apparent.“ (ebd.)

Die Ressentiments gegenüber Deutschland zeigen sich sehr deutlich in der internationalen Berichterstattung und erreichten ihren Höhepunkt mit Darstellungen von Angela Merkel mit „*Hitlerbärtchen oder auch Pickelhaube*“ (Albers 2012) und einem Aufmacher der britischen Zeitung *New Statesman*, die Angela Merkel als Terminator zeigt und sie als „*Europes most dangerous leader*“ (ebd.) bezeichnet – Sophie Albers spricht in ihrem Artikel für den Stern zurecht von einem regelrechten „*Merkel-Bashing*“.

Neben diesen fünf Erklärungsfaktoren die William E. Paterson und Simon Bulmer eruierten, gibt es weitere Autoren, die sich mit dem Phänomen des verhinderten Hegemons Deutschland befasst und ebenfalls nach Gründen für sein Scheitern an seiner Führungsrolle gesucht haben. Diese werden im folgenden Abschnitt vorgestellt.

⁴⁴ Vgl. auch Fußnote 4 zum Europawahlkampf.

3.3. Erklärungsansätze weiterer Autoren

Hans Kundnani sieht zwei Erklärungsansätze für Deutschlands Scheitern:

Laut seinem Artikel für die Zeitschrift *Washington Quarterly* liegt Deutschlands Verhalten während der Wirtschaftskrise begründet in seinem Wandel von einer „Zivilmacht“ (siehe S. 2) zu einer „geo-ökonomischen Macht“ (Kundnani 2011: 41). Auf Basis von Edward Luttwaks „geo-economics“-Ansatz, welcher eine wachsende Bedeutung von wirtschaftlicher Macht in der Lösung von internationalen Konflikten sieht - eine Entwicklung, die auf Kosten von militärischer Macht stattfindet - erklärt Kundnani (ebd.: 42) den Paradigmenwechsel der deutschen Europapolitik: weg vom „political project“ der „European integration“ als höchstes Ziel und hin zu einer starken Konzentration auf „price stability“. Die einzigartige Kombination aus „economic assertiveness“ und „military abstinence“ macht Deutschland laut Kundnani (ebd.: 42) zu einem Musterbeispiel von Luttwaks Konzept.

In einem Beitrag für die *Internationale Politik* stellt Kundnani (2012: 21) die These auf: Deutschland sei gar kein Hegemon, sondern „[halte] an der Wirtschaftspolitik eines Kleinstaats fest“. Die Bundesrepublik verfolge „kurz- statt langfristige Ziele“ und fülle die „klassische Rolle eines Hegemons“, als „consumer of last resort“⁴⁵ zu fungieren, nicht aus. (ebd.:22) Die Aufgabe eines „europäische[n] Hegemon[s]“ (ebd.: 25) wäre es gewesen, die „Handelsüberschüsse [zu reduzieren] oder [eine gemäßigte] Inflation [zuzulassen], um den verschuldeten Ökonomien dabei zu helfen, durch mehr Wachstum aus ihren Rezessionen herauszukommen und so ihre Schulden zu verringern“ (ebd.: 22). Kundnani (ebd.: 23) wirft Deutschland vor, statt „das Wohl Europas als Ganzes“ nur sein „eigenes nationales Interesse“ zu verfolgen und eine „Instabilitätskultur“ zu generieren. Auch wenn „Stabilität“ ein zentraler Begriff der deutschen Regierung im Zusammenhang mit der EU im Allgemeinen und der Wirtschaftskrise im Besonderen sei, so beziehe sich dieser Begriff lediglich auf „Preisstabilität“. (ebd.) Ein Umstand, den Deutschland dringen ändern müsse.⁴⁶ Deutschland könne die „Interdependenzen zwischen [der deutschen Volkswirtschaft] und den umliegenden Ökonomien“ (ebd.: 24) nicht schlicht ignorieren bzw. lediglich von ihnen profitieren, sondern müsse Verantwortung übernehmen und seine Wirtschaftspolitik entsprechend anpassen.

⁴⁵ Vergleiche hierzu auch das Argument von Matthijs und Blyth (1) unter Punkt 3.1.

⁴⁶ „Deutschland muss sein Verständnis von Stabilität über die militante Fixierung auf Inflation hinaus erweitern.“ (Kundnani 2012: 25)

Für Thomas Kleine-Brockhoff und Hanns W. Maull (2011: 56) liefern wesentliche Versäumnisse in den Bereichen „*strategic community*“⁴⁷ und „*public diplomacy*“ eine Erklärung:

„Die Bundesrepublik verfügt kaum über Institutionen, deren Auftrag es ist, Zivilisten zu Strategen heranzubilden; die Zahl deutscher Think-Tanker, die in europäischen und amerikanischen Institutionen arbeiten, ist äußerst überschaubar;

[...]

Als Deutschland im Windschatten agierte, musste es sich nicht unbedingt erklären. Aber die Euro-Krise stellt völlig neue Anforderungen [...]. Führung muss verstehbar sein. Dass der Bundespräsident nach Athen reist, um dort im Parlament zu sprechen, ist unerlässlich; warum er das erst 18 Monate nach Beginn der Griechenland-Krise tut, bleibt unverständlich. So unterminieren Vermittlungsversäumnisse die deutsche Europapolitik.“

Investitionen in das „*Humankapital*“ (ebd.: 56) sind ebenso unerlässlich wie eine Verbesserung der „*globale[n] Kommunikation*“ (ebd.: 55). Die beiden Autoren (ebd.: 54-55) verweisen auch eindringlich auf den Unterschied von „*Macht*“ und „*Einfluss*“, bloßes Vorhandensein von bspw. wirtschaftlicher Macht reiche auf Dauer nicht aus, es gehe vielmehr darum durch den klugen Einsatz von „*Machtressourcen*“, „*Gestaltungsmacht*“ und damit „*Einfluss*“ zu generieren. Großbritannien stelle hier ein formidables Vorbild dar. (ebd.)

Christoph Schönberger (2012: 4-5) konstatiert „*Mentale und institutionelle Barrieren kluger Hegemonie*“. Er sieht einen problematischen Dreiklang aus einer „*allzu lange als selbstverständlich [geltenden]*“ und damit „*nicht krisenfest[en]*“ Bekenntnis zur europäischen Integration, der „*Sehnsucht nach vermeintlicher nationalstaatlicher Normalität*“ und nach „*Demokratie*“. Insbesondere letzteres – laut Schönberger typisch für „*Länder ohne starke demokratische Tradition*“ – kollidiert mit dem Vorwurf eines Demokratiedefizits der EU. Auch institutionell ist die Bundesrepublik für „*die Lasten einer europäischen Hegemonie*“ nur „*schlecht gerüstet*“: der notwendige Handlungsspielraum der Bundesregierung wird durch die bundesstaatliche Organisation ebenso eingeschränkt wie durch entsprechend restriktive Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (vgl. S. 24) und „*[d]ie Entwicklung hin zu einem Vielparteiensystem*“. All dies führt zu einer kontraproduktiven „*deutsche[n] Introvertiertheit*“.

⁴⁷ In die gleiche Richtung geht These 3 von Constanze Stelzenmüller (2010: 79-80) der zufolge „*Deutschlands sicherheitspolitische Eliten und Institutionen [...] unterentwickelt*“ sind.

C. Fazit: Ergebnisse und mögliche Folgen

Ziel dieser Arbeit war das Finden von Erklärungsfaktoren für Deutschlands Scheitern an seiner Führungsrolle innerhalb der EU während der Wirtschaftskrise.

Hierzu wurde zunächst der Begriff des Hegemons konkretisiert.⁴⁸ Es zeigte sich die Relevanz der IPÖ im Allgemeinen und der HST im Besonderen als theoretische Grundlagen für die Beantwortung der Forschungsfrage. Das Funktionieren eines Teilsystems der „*world political economy*“ (Keohane 1984: 10) wie es die EU darstellt, setzt eine Hegemonialmacht als „*stabilizer*“ (Kindleberger 2013: 305) voraus. Die erfolgreiche Ausübung einer zugeteilten Führungsrolle setzt Führungswillen, entsprechende Machtressourcen für dessen Durchsetzung sowie interne und externe Legitimität voraus. Der Hegemon muss führen wollen und führen können.

Auch innerhalb einer auf Kooperation basierenden Institution wie der EU bedarf es gerade in Krisenzeiten einer starken Führungsmacht.

Deutschlands *European vocation*, seine wirtschaftliche Entwicklung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, die Chance sich an der Seite von Frankreich auch politisch als „*Motor der Integrationsgeschichte*“ (Weidenfeld 2011a: 19) zu beweisen und eine starke Position zu Beginn der Wirtschaftskrise bildeten den historischen Rahmen⁴⁹ für die weitere Entwicklung. Nach einer vorübergehenden Spitzenposition unter Angela Merkels Führung wurde Deutschland bald zum *Reluctant Hegemon* – zögerlich im Agieren und innen- wie außenpolitisch umstritten.

Es zeigte sich, dass die Gründe für diese Entwicklung mannigfach sind.

Die Hegemoniale Stabilitätstheorie⁵⁰

Einen theoretischen Erklärungsansatz liefert Kindlebergers HST. Laut Matthijs und Blyth (2011) gelang es Deutschland nicht, die laut Theorie notwendigen fünf Voraussetzungen für ein funktionierendes Wirtschaftssystem zu schaffen:

- (1) „*[A] market for distress goods (goods that cannot find a buyer)*“
- (2) „*[C]ounter-cyclical long-term lending*“
- (3) „*[S]table exchange rates*“
- (4) „*[M]acroeconomic policy coordination*“
- (5) „*[A] real lending of last resort during financial crises*“

⁴⁸ Ausführlich hierzu Kapitel 1.

⁴⁹ Kapitel 2.

⁵⁰ Punkt 3.1.

Patersons *Reluctant-Hegemon-Modell*⁵¹

Paterson erarbeitete - teilweise in Zusammenarbeit mit seinem Kollegen Simon Bulmer – fünf Erklärungsfaktoren in Anlehnung an die von der HST formulierten Kriterien, *Wille, Macht* und *Legitimität*: Angela Merkel, innenpolitische Erklärungsfaktoren, die Wirtschaftskrise per se, Deutschlands Dasein als bloße Wirtschaftsmacht und fehlende Legitimität.

Auch wenn die „*Euro-Krise Angela Merkels Begegnung mit der Geschichte, ihr persönlicher Helmut-Kohl-Moment*“ (Sattar 2012) war, so fehlt ihr laut Paterson doch die Begeisterung für die europäische Idee, wie sie Helmut Kohl oder Konrad Adenauer aufbrachten, zumindest aber die Fähigkeit die Bevölkerung von den Vorteilen, die die europäische Integration für ihren Alltag mit sich bringt, zu überzeugen. Während das Bekenntnis zur europäischen Integration nicht nur bei der politischen Elite, sondern auch bei den Bürgen mit der Zeit verblasst – diesen Punkt erörtern Bulmer und Paterson im Zusammenhang mit den sogenannten *domestic constraints* und der fehlenden innenpolitischen Unterstützung – bleibt die Historie an anderer Stelle sehr präsent. Einerseits im Kontext des deutschen „*leadership avoidance reflex*“ (Bulmer und Paterson 2013: 1396). Andererseits im Zusammenhang mit der (fehlenden) Anerkennung einer deutschen Führungsrolle durch die anderen europäischen Staaten (vgl. S. 28). Paterson sieht die besondere Schwere der Wirtschaftskrise als Erklärungsfaktor, führt diese aber auch auf den deutschen Verstoß gegen den Wachstums- und Stabilitätspakt im Jahr 2003 zurück (vgl. S. 25). Als letzten Punkt sehen Bulmer und Paterson, dass Deutschland als Wirtschaftsmacht zwar für die Bewältigung der Herausforderungen, die eine Wirtschaftskrise mit sich bringt geeignet sein mag, im Allgemeinen aber die bloße ökonomische Macht ohne flankierende militärische Macht - inklusive der Bereitschaft diese auch einzusetzen - nicht ausreicht.

Weitere Erklärungsfaktoren⁵² sind Deutschlands „*militante Fixierung*“ (Kundnani 2012: 25) auf Preisstabilität (auf Kosten der anderen europäischen Staaten), fehlendes oder zu wenig europäisch gebildetes Personal, kontraproduktive Kommunikation nach innen wie außen sowie „*[m]entale[n] und institutionelle[n] Barrieren*“ (Schönberger 2012: 4).

Aus der Zusammenfassung der Erklärungsfaktoren ergeben sich verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Führungsdebatte.

⁵¹ Punkt 3.2.

⁵² Punkt 3.3.

Zukunftszenarien

(1) Wandel vom *Reluctant Hegemon* zum „europäischen Hegemon“ (Kundnani 2012: 25)

Wenn es Deutschland gelänge zu einem verantwortungsvollen Hegemon zu werden und „*seine Politik wirklich am europäischen statt am nationalen Interesse aus[zu]richten*“ (ebd.), könnte es in seine Rolle hineinwachsen und die nationale wie internationale Anerkennung erlangen. Brockhoff und Maull (2011: 59-61) sehen als Voraussetzung hierfür: die [Modernisierung] des „*Multilateralismus*“, die [Anpassung] von „*Partnerschaften*“ und eine generelle Neuausrichtung der „*Europapolitik*“.

(2) Rückgriff auf das deutsch-französische Tandem

Aufgrund der jahrzehntelang sehr erfolgreich praktizierten Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich im Dienste der EU wäre auch eine Reaktivierung dieser Kooperation möglich. Dies hätte insbesondere Vorteile im Kontext externer Legitimität. Das Tandem war von den anderen europäischen Staaten lange Zeit anerkannt und Deutschland müsste die schwierige Position nicht länger alleine bekleiden. Voraussetzung hierfür wäre jedoch ein ökonomisches Erstarren der Grande Nation. Als problematisch könnte sich zudem erweisen, dass die EU nicht mehr nur aus einer Handvoll Mitgliedstaaten besteht, sondern verschiedenste Interessen koordiniert werden müssen (vgl. Punkt 2.3.) und gerade die kleineren Staaten ihre Belange vielleicht auf supranationaler Ebene besser vertreten sehen. Dies spricht für Alternative 3.

(3) Erstarren der europäischen Institutionen (vgl. Punkt 1.4.)

Bulmer und Paterson verweisen in ihrem Artikel von 2013 darauf, dass Deutschland die Führung auch deshalb übernehmen konnte/musste, weil es keine ausreichende Zuständigkeit einer europäischen Institution gab (vgl. S. 27). Etablierten sich von allen europäischen Staaten anerkannte und entscheidungsmächtige europäische Institutionen, so wäre die Frage nach einem einzelstaatlichen Hegemon ebenso hinfällig wie die nach einem möglichen Tandem.

Welche Konstellation sich auch durchsetzt, die EU sollte sich für kommende Krisen wappnen - zumindest durch eine klare Kompetenzverteilung. Auf die europäische Führungsdebatte muss eine Antwort gefunden werden. Eine Antwort, die alle Mitgliedstaaten bereit sind, mitzutragen.

D. Literatur- und Quellenverzeichnis

Literatur

- Armingeon, Klaus und Besir Ceka (2014): The loss of trust in the European Union during the great recession since 2007: The role of heuristics from the national political system.
In: *European Union Politics* 15 (1), S. 82-107.
- Bieling, Hans-Jürgen, Tobias Haas und Julia Lux (2013): Einleitung: Entwicklung und Perspektiven der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) nach der Weltfinanzkrise. In: Bieling, Hans-Jürgen, Haas, Tobias und Lux, Julia (Hrsg.): Die Internationale Politische Ökonomie nach der Weltfinanzkrise. Theoretische, geopolitische und politikfeldspezifische Implikationen. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* Sonderheft 5, S. 1-10.
- Bulmer, Simon und William E. Paterson (2010): Germany and the European Union: from 'tamed power' to normalized power? In: *International Affairs* 86 (5), S. 1051-1073.
- Bulmer, Simon und William E. Paterson (2013): Germany as the EU's reluctant hegemon? Of economic strength and political constraints.
In: *Journal of European Public Policy* 20 (10), S. 1387-1405.
- Clark, Ian (2009): Bringing hegemony back in: the United States and international order.
In: *International Affairs* 85 (1), S. 23-26.
- Colschen, Lars C. (2010): Deutsche Außenpolitik. Stuttgart: UTB GmbH.
- Cox, Robert W. (1977): Labor and hegemony.
In: *International Organization* 31 (3), S. 385-424.
- Gilpin, Robert (1981): War and change in world politics.
Cambridge: Cambridge University Press.
- Gilpin, Robert (2001): Global political economy. Understanding the international economic order. Princeton: Princeton University Press.
- Goetz, Klaus, H. (1996): Integration in a Europeanized state: Germany and the intergovernmental Conference. In: *Journal of European Public Policy* 3(1), S. 23–44.
- Hooghe, Liesbet und Gary Marks (2009): A postfunctionalist theory of European integration: from permissive consensus to constraining dissensus.
In: *British Journal of Political Science* 39, S. 1-23.
- Hyde-Price, Adrian and Charlie Jeffery (2001): Germany in the European Union: constructing normality. In: *Journal of Common Market Studies* 39 (4), S. 689–717.

- Joseph, Jonathan (2008): Hegemony and the structure-agency problem in International Relations: a scientific realist contribution. In: *Review of International Studies* 34 (1), S. 109-128.
- Katzenstein, Peter J. (1997): United Germany in an Integrating Europe. In: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): *Tamed power. Germany in Europe*. Ithaca u.a.: Cornell University Press. S. 1-48.
- Kindleberger, Charles P. (2013): *The world in depression 1929-1939*. 40th anniversary edition. Berkeley and Los Angeles: University of California Press.
- Keohane, Robert O. (1984): *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy*. Princeton: Princeton University Press.
- Keohane, Robert, O. (1989): *International institutions and state power. Essays in international relations theory*. Boulder: Westview Press
- Keohane, Robert O. und Joseph Nye (2012): *Power and Interdependence*. New York: Longman.
- Kleine-Brockhoff, Thomas und Hanns W. Maull (2011): Der überforderte Hegemon. Ziele und Grenzen deutscher Macht. In: *Internationale Politik* November/Dezember, S. 50-61.
- Kundnani, Hans (2011): Germany as a geo-economic power. In: *The Washington Quarterly* 34(3), S. 31–45.
- Kundnani, Hans (2012): Was für ein Hegemon? Berlins Politik führt zu keinem deutschen, sondern einem chaotischen Europa. In: *Internationale Politik* Mai/Juni, S. 21–25.
- Lentner, Howard H. (2005): Hegemony and Autonomy. In: *Political Studies* 53(4), S. 735–52.
- Maull, Hanns W. (1990/91): Germany and Japan: The new civilian powers. In: *Foreign Affairs* 69 (5), S. 91-106.
- Maull, Hanns W. (2011): Deutsche Außenpolitik: Orientierungslos. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 1, S. 95-119.
- Paterson, William E. (2010): Does Germany Still Have a European Vocation? In: *German Politics* 19 (1), S. 41-52.
- Paterson, William E. (2011): The reluctant hegemon? Germany moves centre stage in the European Union. In: *Journal of Common Market Studies* 49 Annual Review, S. 57–75.
- Pedersen, Thomas (1998): *Germany, France and the integration of Europe: A Realist Interpretation*. London: Pinter.
- Roll, Evelyn (2013): Ist es wahre Liebe? In: *Süddeutsche Zeitung*, 12. Juli, S. 3.
- Schönberger, Christoph (2012): Hegemon wider Willen. Zur Stellung Deutschlands in der Europäischen Union. In: *Merkur: Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken* 67 (1), S. 1-8.
- Schwarz, Hans-Peter (1994): *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*. Berlin: Siedler.

- Stelzenmüller, Constanze (2010): Die selbstgefesselte Republik. Deutsche Sicherheitspolitik, 20 Jahre nach dem Mauerfall: zurückgeblieben hinter Nötigem und Möglichem. Eine Polemik in fünf Thesen und Empfehlungen In: *Internationale Politik* Januar/Februar, S. 76–81.
- Streeck, Wolfgang (2009): Endgame: the fiscal crisis of the German state, In: Miskimmon, Alister, William E. Paterson und James Sloam (Hrsg.): *Germany's Gathering Crisis: The 2005 Federal Election and the Grand Coalition*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 38–63.
- Stürmer, Michael (2012): Berlin – Paris: Zwei Träume in einem Bett. In: Meier-Walser, Reinhard und Alexander Wolf (Hrsg.): *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven*. Furth: MDV Maristen-Druck & Verlag GmbH.
- Wallace, William (1991): Germany at the Centre of Europe. In: Kolinsky, Eva (Hrsg.): *The Federal Republic of Germany: The End of an Era*. Oxford: Berg.
- Weidenfeld, Werner (2011a): *Die Europäische Union*. München: Wilhelm Fink.
- Weidenfeld, Werner (2011b): Europäische Einigung im historischen Überblick. In: Weidenfeld, Werner und Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Europa von A bis Z*. Baden-Baden: Nomos.

Internetquellen

- Albers, Sophie (2012): Merkels Busen, Hitler und der Terminator. In: *Stern Online*, 21. Juni. Online unter: <http://www.stern.de/politik/ausland/angriffe-auf-angela-merkel-merkels-busen-hitler-und-der-terminator-1844111.html>. [Stand: 21.06.2012; letzter Zugriff: 03.07.2014]
- Bannas, Günter (2013): Merkels Mann für heikle Missionen. In: *FAZ Online*, 30. Oktober. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/sicherheitsberater-christoph-heusgen-merkels-mann-fuer-heikle-missionen-12641115.html>. [Stand: 13.10.2013; letzter Zugriff: 20.06.2014]
- Blyth, Mark und Matthias Matthijs (2011): Why Only Germany Can Fix the Euro. Reading Kindleberger in Berlin, In: *Foreign Affairs Online*, 17. November. Online unter: <http://www.foreignaffairs.com/articles/136685/matthias-matthijs-and-mark-blyth/why-only-germany-can-fix-the-euro>. [Stand: 17.11.2011; letzter Zugriff: 22.06.2014]
- Bundeswahlleiter (2014): Endgültiges Ergebnis der Europawahl 2014. Online unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/bundesergebnisse/grafik_stimmenanteile_99.html. [Stand: 20.06.2014; letzter Zugriff: 26.06.2014]
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2011): EU-Gipfel stärkt Wirtschaftsunion. Online unter: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/68645/eu-gipfel-staerkt-wirtschaftsunion-12-12-2011>. [Stand: 12.12.2011; letzter Zugriff: 21.06.2014]

- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2014): Top 5 Nettozahler und Nettoempfänger der EU. Online unter: http://www.bpb.de/wissen/P16RQL,0,Top_5_Nettozahler_und_Nettoempf%EA4nger_der_EU.html. [Stand: 29.01.2014; letzter Zugriff: 01.07.2014]
- Deutsche Wirtschafts Nachrichten (2014): Große Koalition tritt erstmals geschlossen für Euro-Bonds ein. Online unter: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/03/16/grosse-koalition-tritt-erstmal-geschlossen-fuer-euro-bonds-ein/> [Stand: 16.03.2014; letzter Zugriff: 02.07.2014]
- FAZ Online vom 07. Dezember 2005: Nicht nur Steinmeier wußte von Masris Entführung. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/cia-in-europa-nicht-nur-steinmeier-wusste-von-masris-entfuehrung-1282594.html>. [Stand: 07.12.2005; letzter Zugriff: 21.06.2014]
- Follath, Erich und Jan Puhl (2012): Interview mit dem polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski. In: *Spiegel Online*, 16. Mai. Online unter: <http://www.spiegel.de/international/europe/poland-s-foreign-minister-explains-why-his-country-wants-to-join-euro-zone-a-833045-2.html>. [Stand: 16.05.2012; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Fischer, Joschka (2000): Humboldt-Rede. Vom Staatenverbund zur Föderation - Gedanken über die Finalität der europäischen Integration, 12. Mai. Online unter: <http://whi-berlin.de/documents/fischer.pdf>. [Stand: 12. 05.2000; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Gauck, Joachim (2014): Rede zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz. Im Wortlaut online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gauck-rede-im-wortlaut-deutschland-muss-bereit-sein-mehr-zu-tun-12778744.html>. [Stand: 31. 01.2014; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Guérot, Ulrike und Mark Leonhard (2011): The new German question, How Europe can get the Germany it needs. European Council on Foreign Relations, Policy Brief, 30. April. Online unter: http://www.ecfr.eu/page/-/ECFR30_GERMANY_AW.pdf. [Stand: 30. 04.2011; letzter Zugriff: 23.06.2014]
- Huff, Martin W. (2014): EZB hätte Staatsanleihen-Kauf nicht beschließen dürfen. In: *Legal Tribune Online*, 07. Februar. Online unter: <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/bverfgeugh-vorlage-ezb-staatsanleihen-omt-beschluss-outright-monetary-transactions/>. [Stand: 07. 02.2014; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Kafsack, Hendrik (2013): Deutschland bleibt größter Zahlmeister der EU. In: *FAZ Online*, 27. November. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/haushalt-deutschland-bleibt-groesster-zahlmeister-der-eu-12683268.html>. [Stand: 27.11.2013; letzter Zugriff: 01.07.2014]

- Lachmann, Günther (2014): Schachtschneider gibt Kandidatur für AfD auf. In: *Welt Online*, 07. Januar. Online unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article123627734/Schachtschneider-gibt-Kandidatur-fuer-AfD-auf.html>. [Stand: 07.01.2014; letzter Zugriff: 26.06.2014]
- Maull, Hanns W. (2004): "Normalisierung" oder Auszehrung? Deutsche Außenpolitik im Wandel. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Online unter: <http://www.bpb.de/apuz/28463/normalisierung-oder-auszehrung-deutsche-aussenpolitik-im-wandel>. [Stand: 03.03.2004; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Merkel, Angela (2006): Regierungserklärung zur Europapolitik. Bulletin der Bundesregierung, Nr. 44-1, 11. Mai. Online unter: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2001_2007/2006/05/2006-05-11-regierungserklaerung-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-zur-europapolitik-vor-dem-deutschen-.html. [Stand: 11.05.2006; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Merkel, Angela (2009): Humboldt-Rede zu Europa, 27. Mai. Online unter: http://www.hu-berlin.de/pr/medien/aktuell/reden/humboldt-rede_merkel. [Stand: 27.05.2009; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Merkel, Angela (2014): Rede von Bundeskanzlerin Merkel zur Abschlussveranstaltung des Projekts „Ein neues Leitmotiv für Europa“ der Europäischen Kommission am 1. März 2014. Online unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2014/03/2014-03-01-merkel-narrative-leitmotiv-europa.html>. [Stand: 01.03.2014; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Minton Beddoes, Zanny (2013): Europe's reluctant hegemon. In: *The Economist*, Special report: The reluctant hegemon, 15. Juni. Online unter: <http://www.economist.com/news/special-report/21579140-germany-now-dominant-country-europe-needs-rethink-way-it-sees-itself-and>. [Stand: 15.06.2013; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Müller-Brandeck-Boucquet, Gisela (2012): Deutschland – Europas einzige Führungsmacht? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10 (März). Online unter: <http://www.bpb.de/apuz/75788/deutschland-europas-einzige-fuehrungsmacht>. [Stand: 01.03.2012; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Polke-Majewski, Karsten (2010): Die Angstmacher der bürgerlichen Presse. In: *Zeit Online*, 28. April. Online unter: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-04/griechenland-medien>. [Stand: 28.04.2010; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Sattar, Majid (2012): Vizekanzlerkandidatenfrage innerhalb der SPD. In: *FAZ Online*, 29. Januar. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/merkels-hoehenflug-vizekanzlerkandidatenfrage-innerhalb-der-spd-11627589.html>. [Stand: 29.01.2012; letzter Zugriff: 01.07.2014]

- Schachtschneider, Karl A. (2014): Schriftsatz an den EuGH in Sachen OMT-Programm vom 20. Mai 2014. Online unter: <http://www.kaschachtschneider.de/de/component/content/article/2-aktuelles/41-schriftsatz-an-den-eugh-in-sachen-omt-programm-vom-20-mai-2014.html> [Stand: 20.05.2014; letzter Zugriff: 26.06.2014]
- Schäuble, Wolfgang (2010): Rede an der Universität Paris-Sorbonne. Online unter: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2010/2010-11-02-sorbonne.html?view=renderPrint>. [Stand: 02.11.2010; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Schwabe, Alexander (2010): Merkel hätte Bild-Zeitung stoppen müssen. In: *Zeit Online*, 26. Mai. Online unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-05/gabriel-merkel-bild-zeitung>. [Stand: 26.05.2010; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Spiegel Online vom 27. April 2014: Berlusconi-Partei schürt Ressentiments gegen Deutsche. Online unter: <http://ml.spiegel.de/article.do?id=966359>. [Stand: 27.04.2014; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Stern Online vom 28. November 2005: Steinmeier besorgt über mögliche CIA-Überflüge Online unter: <http://www.stern.de/politik/ausland/usa-reise-steinmeier-besorgt-ueber-moegliche-cia-ueberfluege-550521.html>. [Stand: 28.11.2005; letzter Zugriff: 21.06.2014]
- Stern Online vom 07. Dezember 2005: Wusste Außenminister Steinmeier Bescheid? Online unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/cia-ffaere-wusste-aussenminister-steinmeier-bescheid-551071.html>. [Stand: 07.12.2005; letzter Zugriff: 21.06.2014]
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) (2014): Trends in world military expenditure, 2013, Perlo-Freeman, Sam und Solmirano, Carina, SIPRI Fact Sheet. Online unter: http://books.sipri.org/product_info?c_product_id=476. [Stand: April 2014; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Tagesschau Online vom 25. April 2014: Wie kreditwürdig sind welche Staaten? Online unter: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/ratings102.html>. [Stand: 25.04.2014; letzter Zugriff: 16.06.2014]
- Welt Online vom 15. Dezember 2010: Steinbrück und Steinmeier plädieren für Eurobonds. Online unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article11637559/Steinbrueck-und-Steinmeier-plaedieren-fuer-Eurobonds.html>. [Stand: 15.12.2010; letzter Zugriff: 02.07.2014]
- Welt Online vom 17. Juni 2013: Schmidt zweifelt an Merkels Finanzkompetenz. Online unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article117187952/Schmidt-zweifelt-an-Merkels-Finanzkompetenz.html>. [Stand: 17.06.2013; letzter Zugriff: 26.06.2014]

Gerichtsentscheidungen

➤ *Solange I* (BVerfGE 37, 271 ff.)

Online unter: <http://sorminiserv.unibe.ch:8080/tools/ainfo.exe?Command=ShowPrint-Text&Name=bv037271>. [Stand: 29.05.1974; letzter Zugriff: 21.06.2014]

➤ *Solange II* (BVerfGE 73, 339 ff.)

Online unter: <http://sorminiserv.unibe.ch:8080/tools/ainfo.exe?Command=ShowPrint-Text&Name=bv073339>. [Stand: 22.10.1986; letzter Zugriff: 21.06.2014]

➤ *Maastricht* (BVerfGE 89, 155 ff.)

Online unter: <http://sorminiserv.unibe.ch:8080/tools/ainfo.exe?Command=ShowPrint-Text&Name=bv089155>. [Stand: 12.10.1993; letzter Zugriff: 21.06.2014]

➤ *Bananenmarktverordnung* (BVerfGE 102, 147 ff.)

Online unter: http://www.bverfg.de/entscheidungen/lis20000607_2bv1000197.html. [Stand: 07.06.2000; letzter Zugriff: 21.06.2014]

➤ *Lissabon* (BVerfGE 123, 267 ff.)

Online unter: http://www.bverfg.de/entscheidungen/es20090630_2bve000208.html. [Stand: 30.06.2009; letzter Zugriff: 22.06.2014]

E. Anhang

Tabelle 1: Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Frankreich und Deutschland

Table 1 Comparative economic data on France and Germany

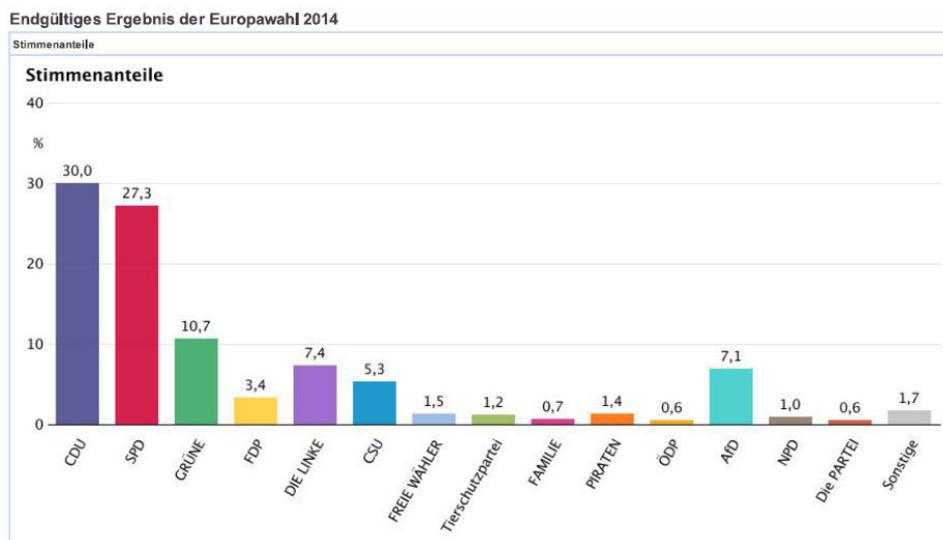
Indicator (year)	France	Germany	EU- 27
Population (2011)	65.218	81.777	503.055
GDP bn euro (2011)	1996	2571	12630
GDP per cap (EU-12 = 100) (2011)	105.2	108.1	86.3
Unemployment rate (2011)	9.7	5.9	10.3
Real unit labour costs 2005 = 100 (2011)	102.2	99.7	100.4
Intra-EU trade balance €m (2010)	-73,633	+67,982	n/a
Extra-EU trade balance €m (2010)	+8,618	+85,981	n/a
Global competitiveness index ranking (2012)	21	6	n/a
Budget deficit (2011)	5.2	1.0	4.5
Debt to GDP ratio (2011)	85.8	81.2	83.0

Sources: European Commission (2012a); trade statistics from Eurostat (2012); competitiveness ranking from World Economic Forum (2012); fiscal data from European Commission (2012b, Tables 53B and 55B).

Note: the rules for the Stability and Growth Pact set a limit of 3 per cent as the maximum for budget deficits of eurozone states, and a debt to GDP ratio of 60 per cent (or falling to 60 per cent).

Quelle: Bulmer und Paterson 2013: 1395.

Grafik 1: Ergebnisse der Europawahl 2014 in Deutschland



Quelle: http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/bundesergebnisse/grafik_stimmenanteile_99.html.